

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 85 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abbestellungen monatlich 80 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:  
Die gespaltene Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die gespaltene Zeile 30 Pfg. Anzeigen für den Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesstraße Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 20

Danzig, Sonnabend den 20. Mai 1916

7. Jahrgang

## Das Sprengstoff-Kapital

Von Otto Hué, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Gewisse offizielle Äußerungen lassen mit ziemlicher Gewissheit vermuten, daß man sich im Reichshaushalt mit dem Gedanken der Einführung von industriellen Reichsmonopolen vertraut gemacht hat. Die Monopolgewinne sollen mit zum Ausgleich des zu erwartenden kolossalen finanziellen Defizits im Reichshaushalt dienen. Ob auch Produktions- oder nur Handelsmonopole, oder beide in Aussicht genommen sind, ist noch ungewiß. Bemerkenswert ist jedoch, daß unter den diversen Gewerben, für die nach allerhand unkontrollierbaren Mitteilungen ein Reichsmonopol geplant sein soll, eines noch nicht genannt ist, dessen Monopolisierung von Reichswegen relativ wenig technische und administrative Schwierigkeiten machen würde: die Pulver- und Sprengstoffindustrie.

Die Zahl der Produktionsanlagen in dieser Industrie ist verhältnismäßig klein, ihre Umsätze und finanziellen Erträge sind aber vergleichsweise sehr hoch. Die Sprengstoffindustrie ist seit Jahrzehnten enge kartelliert. Zwischen den deutschen Pulverfabriken (Pulverkarten) und der gesonderten Dynamitgruppe besteht seit langem ein Gewinn- und Verlustverteilungsvertrag, ein finanzwirtschaftliches Abkommen, wie es sich in dieser Eigenart kaum in einer anderen Industrie vorfindet.

Das Abkommen erhält ein ganz besonderes Gepräge durch seine Ausdehnung auf die dem internationalen Nobel-Dynamittrakt angehörenden großen britischen Explosivstofffabriken. Die nationale Kartellierung der deutschen Pulver- bzw. Sprengstofffabriken datiert vom 30. September 1889. Daran schloß sich der internationale „General-Kartellvertrag“ mit dem Nobel-Dynamittrakt, d. h. mit den britischen Sprengstofffabriken. Durch Zusatzverträge vom 8. Oktober 1897 und 30. Juli 1911 ist der Hauptvertrag ergänzt worden.

Der internationale General-Kartellvertrag wurde am letztgenannten Datum bis zum Jahre 1950 verlängert, er ist jedoch durch den Kriegsausbruch sofort praktisch außer Geltung gekommen. Dem haben die Vertragsgruppen Rechnung getragen, indem sie Ende 1914 den General-Kartellvertrag mit Rückwirkung bis zum 31. Dezember 1913 kündigten. Nun erfährt auch die breitere Öffentlichkeit, wie eng verflocht die britische Sprengstoffindustrie mit der deutschen war und welcher straffen Zentralisation sie sich erfreut. Die internationale Vermittlungsstation der Ausgleichsverhandlungen bildete die mit der Diskontogesellschaft Berlin liierte Norddeutsche Bank in Hamburg. Die in deutschen Händen befindlichen Anteile des internationalen Nobel-Dynamittrakts wurden dem (Kurs-) Werte nach auf 30 Millionen Mark geschätzt. Der Entgelt soll von der Norddeutschen Bank, die für etwa 1,8 Millionen Pfund Sterling Trakt-Stammaktien übernahm, durch Uebertragung deutscher Interessen, die sich derzeit in England befanden, geleistet werden. Die britischen Traktgenossen garantierten die Rückzahlung der ihren deutschen Geschäftspartnern gehörenden Anteilwerte nach dem Kriege. Die schwierigen Ausgleichsverhandlungen sind auf Umwegen durch neutrale Diplomaten und Banken geführt worden.

Nach Lösung des General-Kartellvertrages haben die deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken ein besonderes Arrangement getroffen. Die Pulvergruppe erhält vom Jahre 1914 ab 50 Prozent (vormals 40 Prozent), die Sprengstoffgruppe erhielt 50 Prozent (vormals 60 Prozent) der zusammengekauften Gewinne. Demnach ist diese Industrie schon so weit konzentriert, daß sogar eine gemeinsame Gewinnverteilung durchgeführt werden kann.

Welche finanziellen Erträge für die Reichsstaatskasse zu erwarten sind nach einer Monopolisierung, mögen folgende Angaben erhellen. Der Einfachheit halber habe ich die seit 1905 gezahlte Dividende zusammengestellt bis zu dem jeweils letzten mir bekannt gewordenen Jahresergebnis. Unberücksichtigt sind die in dieser Industrie besonders enormen Abschreibungen und Rückstellungen von dem Bruttoerträgnis geblieben. Es zählten:

	Dividende in Prozent des N.-K.
Nob. Sprengstoffwerke A.-G., Hamburg	1905/1912: 159 1/2
Dyn.-A.-G. von Nobel u. Co., Hamburg	1905/1912: 154
Sprengstoff-A.-G. Karbonit, Hamburg	1905/1914: 70 1/2
Siegener Dynamit-A.-G., Köln	1905/1914: 145
Rhein-Westf. Sprengstoff-A.-G., Köln	1905/1914: 143
Rhein. Dynamit-A.-G., Köln	1905/1914: 214 1/2
Obersteif. A.-G. für Fabr. von Sigsbee	1905/1914: 261
Pfälz. Pulverfabr.-A.-G., St. Ingbert	1906/1915: 81
Köln. Dynamit-A.-G., Köln	1906/1915: 116
Wer. Köln-Rottw. Pulverfabr., Berlin	1905/1914: 169
Westf.-Anh. Sprengstofffabr., Berlin	1905/1914: 205
Dresd. Dynamitfabr.-A.-G., Dresden	1905/1910: 146

In Zeiträumen von längstens einem Jahrzehnt haben die Aktionäre der deutschen Pulver- und Sprengstoff-Fabriken nahezu den doppelten Betrag des Aktienkapitals schon in Form von Dividenden zurückgezahlt erhalten. Dazu sind aber von dem Fabrikationsgewinn noch gewaltige Summen für Betriebserweiterungen, überreichliche Abschreibungen und außerordentlich hohe Reservefonds verwandt worden. Beispielsweise betragen die „offenen Reserven“ bei den Wer. Köln-Rottweiler Pulverfabriken über 9 Millionen Mark, die „stillen Reserven“ dürften noch weit höher sein. Das N.-K. beträgt dabei nur 16,5 Millionen Mark. Namentlich für die letzten beiden Jahre sind in dieser Industrie Abschreibungen in einer Höhe vorgenommen worden, daß selbst ganz neue Werksanlagen bereits ganz „abgeschrieben“ erscheinen. Anders wußte man mit der Ueberfülle der Gewinne nicht zu bleiben, wollte man die hohen Dividenden nicht noch verdoppeln.

Einer mir zugänglich gemachten autoritativen Rentabilitätsberechnung einer neuen Sprengstoff-Fabrik entnahm ich, daß diese allein bei einem Fabrikationsquantum von 1 Million Kilo (Leistungsfähigkeit mehr als das Doppelte) fast 38,5 Prozent des Aktienkapitals als Reingewinn verdient! Die allgemeine Sprengstoffdividende betrug schon vor dem Kriege meist über 20 Prozent und stieg in einem Falle sogar bis auf 80 Prozent pro Jahr vom Aktienkapital.

Hier ist sicher eine sehr reiche Geldquelle, die sich die geldbedürftige Reichsstaatskasse nicht entgehen lassen sollte.

Ich habe schon die außerordentlich fortgeschrittene Konzentration der Sprengstoff-Industrie hervorgehoben. Die Zahl der maßgebenden Herren ist erstaunlich gering. Den finanziellen Zentralpunkt bildet die Diskontogesellschaft-Berlin mit ihrer Hamburger Filiale, der Norddeutschen Bank. Die Herren Aufschlager und Schintel stellen hauptsächlich die personelle Verbindung der deutschen Dynamittraktgenossen mit ihren britischen Geschäftspartnern her. Beide Namen finden sich auch in der Liste der Aufsichtsräte mehrerer deutscher Sprengstoff-Fabriken. Ferner erscheint wiederholt der Aufsichtsrat R. A. Louis Hagen, Köln als „Sprengstoff-Fabrikant“.

Ganz besonders charakteristisch ist die intime Verbindung der Sprengstoff- mit der großen Bergwerks- und Hüttenindustrie. Unter den Aufsichts- oder Verwaltungsräten der Sprengstoff-Fabriken befinden sich, zum Teil mehrfach, die Namen: R. A. Rindorf (Bergwerk, R.-G.), Justizrat Esser (Gelsenf., Gußstahl-Witten usw.), Vizeadmiral Sad (Krupp), Hugo Stinnes, Bergrat Kleine (Gelsenkirchen, Gottesgeben), Bergrat Lindner (Hibernia), Bergrat Vogelsang (Mansfeld), F. v. Waldhausen (vielfacher Grubenbesitzer), Bergwerksdirektor Biebrich (Konradia-Oberhausen), Bergrat Küpper (Laurahütte), Bergrat Williger (Rattowitz), Baurat Baukenberg (Hönig-Ruhrort), Funke (vielfacher Grubenbesitzer), Justizrat Carp (Gutehoffnungshütte-Oberhausen), Bergat Dthberg (Schweizer B. B.), R. A. Müser (Harpen), u. v.

Von der Sprengstoff-Industrie aber, und das ist wieder beachtenswert, laufen engverflochtene Fäden zu der eigentlichen Waffen-Industrie! So waren in der am 30. April v. J. abgehaltenen G.-B. der mit der badischen Waffenfabrik Mauser englierten Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin (vormals Löwe & Co.) durch ausschlaggebende Großaktionäre vertreten die Wer. Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Direktor Aufschlager vom Dynamittrakt, die Diskontogesellschaft, die Dresdener Bank und der reichstgesegnete Aufsichtsrat Louis Hagen-Köln.

Das große Publikum ahnt gar nicht, eine wie geringe Zahl von Persönlichkeiten tatsächlich unsere ausschlaggebenden Industrien und Bankunternehmungen beherrscht.

Für die Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoff-Industrie durch das Reich sprechen aber nicht nur rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Lesern am internationalen Nobel-Dynamittrakt auf Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Traktgenossen niemals die Interessen der deutschen Landesverteidigung außer Acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 4102 Tonnen Schießpulver, eingeführt wurden 68 Tonnen; an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 9036 Tonnen, der Import nur 443 Tonnen!

Dabei sind schon, wie gesagt, die technischen und administrativen Schwierigkeiten der Monopolisierung dieser Industrie sehr gering. Ihr finanzieller Effekt würde manche geplanten, die ärmsten Volksschichten drückenden indirekten Steuern völlig unnötig machen.

## Kriegsnachrichten

### Greys Friedensrede?

Der englische Minister des Auswärtigen, Edward Grey, hat sich in einer Unterhaltung mit zwei Zeitungsvertretern, einem amerikanischen und einem dänischen, über Englands Friedensziele ausgesprochen. Grey erklärte die Behauptung, England wolle das freie und einige Deutschland zerstören, für einen Wahnsinn, an den man nie gedacht habe. Er versichert, daß Belgiens und Serbiens Wiederherstellung die einzigen Kriegsziele Englands seien: „Man gebe den Völkern Europas die wirkliche, nicht die ihnen unter preussischem Joche zugestandene sogenannte Freiheit. Deutschland aber leiste weitestgehenden Ersatz für das begangene Unrecht.“ Aus diesen Ausführungen spricht die Verlegenheit, die durch Englands Machthaber geschaffene heillos verfahrenere Kriegslage den Verbündeten und Neutralen plausibel zu machen. Nicht zu übersehen ist trotzdem die darin ausgesprochene deutliche Neigung zum Frieden.

### „Sozialdemokraten“ ergoßt Friedensverhandlungen.

„Sozialdemokraten“, unser Kopenhagener Parteiorgan, zugleich das politisch bedeutendste Blatt im demokratischen Dänemark, erklärt in Besprechung der Ausführungen Greys, man erhalte den Eindruck, daß England zu einem Frieden bereit sei, der Belgien, Serbien und Montenegro die Unabhängigkeit wiedergibt und ein internationales Schiedsgericht einführt. Greys Erklärung und die neue Friedensankündigung, von denen die letzten Wochen so viele gebracht hätten, deuteten nicht wenig daraufhin, daß in diesem Sommer Friedensverhandlungen eingeleitet würden. Auch andere Blätter lassen die Ausführungen Greys als für den Frieden günstig auf.

### Der irische Aufstand.

Im englischen Unterhause erklärte der Abgeordnete Tennant: In Irland wurden 14 Rebellen hingerichtet, 73 zu Zuchthausstrafen, 6 zu Gefängnisstrafen verurteilt, 1706 m. r. a. den deportiert. In der Debatte beantragte Dillon (Nationalist), daß die Regierung ihre Absicht hinsichtlich der Maßnahmen in Irland mitteilen solle. Die Hinrichtungen machten die Bevölkerung von Dublin wild. Das Schlimmste sei, daß die Homerule-Gegner offen ihre Freude über die Revolte ausprüchen. Die Hinrichtungen sollen sofort aufhören. Die Insurgenten haben sich tapfer und ehrlich geschlagen. (Zwischenrufe.) Es wäre ausgezeichnet, wenn alle britischen Soldaten so tapfer kämpften, wie die Insurgenten in Dublin. Die letzte Hinrichtung würde das irische Volk niemals vergessen. Mit der Revolte hätte die Polizei fertig werden sollen. Statt dessen wurde Dublin mit Granaten beschossen.

Die Höhe der bei der englischen Regierung geltend gemachten Schadenersatzansprüche beträgt bis 78 Millionen Mark.

### Unterseeboote und Minen.

Berlin, 14. Mai. (W. T. B., amtlich.) Im Monat April 1916 sind 98 feindliche Handelschiffe mit rund 225 000 Brutto-Register-Tonnen durch deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote versenkt oder durch Minen verloren gegangen. Der Chef des Admiraltabes der Marine.

### Der Schrei nach dem Kriegsende!

Der Kölnischen Volkszeitung wird aus zuverlässiger Quelle gemeldet: In den Kasernen von Piacenz (Italien) verweigerte ein Regiment den Gehorsam. An der Front rebellierte die Brigade von Saffari (Sardinien). Auch in Neapel fand eine Kundgebung gegen den König statt, in deren Verlaufe ein Bild des bekannnten Kriegshegters Cicotti verbrannt wurde. In Apulien und in der maiändischen Ebene mußten die Grundbesitzer, die beim Landvolk als Kriegsanzügler gelten, fliehen.

Infolge der neuen Einberufungen ist die Stimmung des italienischen Volkes, besonders auf dem Lande, sehr erregt. Vielfach werden drohende Stimmen laut. Im Wahlkreise des Sozialisten Ferri veranstalteten 6000 Frauen eine öffentliche Kundgebung. Die Menge durchzog die Straßen unter dem Rufen: „Wir wollen das Ende des Krieges!“ Das Militär schritt ein.

Zu der Meuterei neapolitanischer Regimenter schreibt Graf Volturni in Pester Lloyd unter anderem folgendes: Die Stimmung unter den italienischen Truppen zeigt sich am besten in einer von der italienischen Zensur allerdings folgeschwiegigen Meuterei der vorzugsweise aus römischen und neapolitanischen Mannschaften zusammengesetzten Regimenter 135 und 136, die bei einem Angriffe auf der Oberdo-Höhe einfach den Gehorsam verweigerten. Nur durch das Eingreifen des Brigadeführers wurde ein Blutbad vermieden, da beide Regimentskommandanten, um ihr Ansehen zu retten,



durch Unteroffiziere und einer aus ihren Regimentern zusammengefügten Kompanie von Regiments- und Bombardier die Meute in unbeschädigter Ordnung zerlegen lassen wollten.

### Freiwillige Leistungen für die Sozialdemokratie

Die Berliner Tagung der Sozialdemokraten, die von der Berliner Regierung für die sofortigen Unterhandlungen über den Friedensschluss eintritt und dafür Sorge, daß das Heer und die Bevölkerung ohne weitere Quoten nach Hause zurückkehren können. Die Regierung ist verpflichtet, so vorzugehen, um zu retten, was noch gerettet werden kann.

## Vollstättige Rundschau Delbrück in Westpreußen

Der am 13. Mai aus dem Amt geschiedene Staatsekretär des Innern begann seine amtliche Laufbahn als westpreussischer Landrat von Landau. Von 1890 bis 1902 war er Danziger Oberbürgermeister, von 1902 bis 1905 Oberpräsident unserer Provinz. Dann stieg er stark begünstigt, ungenutzt schnell höher. Ueber seine westpreussische Tätigkeit urteilt Herr Landrat im Berliner Tageblatt nicht ohne einen Standpunkt, der von uns gegen die gelehrte Bürgerliche, und vor allem die liberale Presse schon zu Beginn der ostmärkischen Industrie-Gründerei usw. eingeschrieben wurde. Schon mit 20 Jahren ist er in Tuchel Landrat, kommt in diesem vereinsamten westpreussischen Kreise in enge Berührung mit dem Großgrundbesitz und wird sieben Jahre später als Regierungsrat für das landwirtschaftliche Departement ins Danziger Oberpräsidium berufen. Hier wird sein Oberpräsident Gustav von Gossler, der frühere Kultusminister, auf sein nicht alltägliches technisches Verwaltungsgeschäft aufmerksam und erntet ihn so sehr schätzen, daß er nach dem Tode des freisinnigen Oberbürgermeisters Baumbach den Danziger Delbrück aufs wärmste als Nachfolger empfiehlt. Und richtig, dieser durch uns konterparat gerichtete Mann tritt an die Spitze der Verwaltung einer traditionsvoll liberalen Stadt, die jahrzehntelang ein Heinrich Rickert im Reichstag vertrat. Er bewährt sich aufs Beste. Bedeutungsvolle Tage kommen für Danzig. Das Interesse des Kaisers für die alte Hansestadt an der Weichsel wird wach. 1901 verlegt der Kaiser das Potsdener Leibhüterregiment hierher und vereinigt es mit den Danziger Leibhütern. Vor dem schlanken, ehrwürdigen Rathaus begrüßt Delbrück den Kaiser und den General v. Radenhausen, der bisher Flügeladjutant, jetzt an die Spitze der Leibhüterbrigade tritt. Der Monarch findet an dem repräsentativen Haupt der Stadt und seiner eindrucksvollen Rede Gefallen und schon damals, 1901, wußte man, daß Delbrück der kommende Mann Wilhelms II. war. Kaum ein Jahr verging, und er übernahm, in raschem Sprunge, das westpreussische Oberpräsidium.

Herr Delbrück hatte gerade jetzt eine neue Ostmarkenpolitik eingeschlagen, die von der Defensiv zur Offensiv überging. Delbrück schien wenigstens in Westpreußen, der rechte Mann zu sein, diesen neuen Kurs zu steuern. Drei Aufgaben wurden ihm zugeordnet. Zuerst einer umfassenden Ansehenspolitik sollte er die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Ostpreußens in Westpreußen ins Auge fassen. Der Fonds der Ansehenskommission wurde 1902 von 200 auf 350 Millionen Mark erhöht, und außerdem wurden 100 Millionen Mark für die Errichtung von Domänen ausgemessen, eine Konzession an den Großgrundbesitz. Man weiß, daß diese planmäßige Ansehenspolitik sehr bald ein zweischneidiges Schwert wurde. Die Güterpreise infolge der harten Nachfrage außerordentlich in die Höhe schnellen ließ und schließlich, weil sie eine offensichtliche Kampfpolitik war, in diesen Stufen so gut wie gar keinen Erfolg hatte. Da die Polen bald grundtätig kein Gut mehr an einen Deutschen verkaufen, bis Wilam später das schwere Geschick der Entzweiung, freilich auch ohne sichtbaren Erfolg, auf sich nahm. Auch dem Gedanken einer Industrialisierung und kommerziellen Hebung des Ostens war kein besonderer Erfolg beschieden, weil die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen dafür fehlten. Man konnte nicht gleichzeitig den Dammern durch die hohen Schutzzölle das polnische und polnische Hinterland abschneiden und nun in dieser wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands eine Industrie großziehen, der eine Konkurrenz mit dem Westen infolge mangelnder Rohstoffe und Kohle ausgeschlossen war und ein Abgabebereich jenseits der ostlichen Grenzen so gut wie verfallen war. Erst jetzt, nach dem Kriege, eröffnen sich hoffnungsvolle Aussichten für eine ostmärkische Industrialisierungspolitik. Auch die Ansehenspolitik schlug miteinander etwas ungemächliche Wege ein. Die Ostmarkenzölle sollten die Dammern und Völker an die Scholle fesseln, haben aber, da sie nicht generell gehoben wurden, viel böses Blut gemacht. Nicht als etwas hervorragendes Teil die Errichtung der technischen Hochschule in Danzig und die Bildungsbeteiligung in der Provinz.

Der Anteil des freisinnigen Staates bei der Veranlassung der Selbstverwaltung der Kreistatenschaften ist. Die können dort ergänzend mitwirken, daß auf seine Anregung als praktischer Helfer das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder der höchsten Steuerermäßigungs-Sterbestände aufgehoben werden ist. So wie er es beim Bergbau gelegentlich ausgesprochen, daß es ihm nur um die Befähigung der Arbeiterbewegung zu tun war, so handelte er auch bei diesem Danziger Experiment. Trotz aller höheren Klänge blieb Delbrück innerlich immer der westpreussische Landrat. Und das Danziger Landrat liegt ja selber in der nächsten erblichen Linie, da ein Danziger Landrat als unbedingter Herr der regierenden Partei erscheint.

### Rechtlos contra Steuermacht

Am 11. Mai verließ sich der Reichstag mit 229 gegen 111 Stimmen auf die Sozialdemokraten, der Polen und der Deutschen gegen die Hebung der Steuermacht. Wie andere Parteien vor den Sozialdemokraten bis zur Genüge die Sozialdemokraten, nur die Sozialdemokraten schienen geschlossen in der im Reichstage bisher noch nie vorgekommenen Art. Das über die Hebung der Steuermacht erteilt über die Veranlassung der Sozialdemokraten.

Man sagt, daß die Sozialdemokraten, wenn man sich, die wenigstens einigen von den Unter-italien Reichstagsabgeordneten des Reiches, die so in der Reichstagskammer abgegeben haben, immer auf dem Wege liegt. Warum in aller Welt haben Männer, die doch Nationalisten und in ihren Überzeugungen gefestigt sind, sich diese Reichstagsabgeordneten nicht erspart? Gegen die Sozialdemokraten und gegen das Gehör der Reichstagskammer muß man im vornehmsten Interesse der Sozialdemokraten nachgerade zusammen sein. Und die Hebung der Steuermacht, der die Sozialdemokraten des Reiches letztere ausgesagt, ist doch keine Bagatelle, sondern eine ungenutzte Angelegenheit. Nichtsdesto weniger auch denjenigen von uns, die nicht die sozialdemokratischen Meinungen und Ideen ablehnen und die nicht die sozialdemokratischen Meinungen, nicht als ein ungenutztes Gehör. Gloriant Bruno sah vorwiegend anders aus. Niemals hat man den Eindruck, daß die Sozialdemokraten ihren Weg klar und sicher wie ein Mann gehen, und immer wirkt er knabenhaft. Er hat weder die väterliche Schulbreite, noch die deutsche Stimmstärke, und ist ein Geistes- und Herzens Kind. Seine Reden sind ohne Ueberlegenheit keine klapprige Unruhe ist nicht leidenschaftlich, sondern nüchtern. Es wäre seine Sünde wider den Geist gewesen, hätte man bei der heftigen Hebung der Steuermacht Reichstagsabgeordnete nicht seine sämtlichen Schwächen erwähnt. Aber das Verhängnis der Immunität gehört zu den sehr wenigen Garantien gegen einen gewollten Machtmissbrauch, und unter keinen Umständen dürfte man es preisgeben, wenn so wenig wie je. Und es ist unerträglich, warum gerade die Linke, während die Rechte und das Zentrum destruktiv zu wirken, so betätigungsfroh in den Vordergrund trat. Daher erstattet Bericht. Die Sache hebt. Hinzukommt und die Linke, die in den Reichstagen baut. Das ist eine etwas reichliche Veranlassung besser Manneswort. Kann man heute mit Bestimmtheit voraussetzen, wie sich nach dem Kriege alles gestalten wird? Wer sich nicht verlorben lassen will, hütet sich vor dem ersten Schritt.

Die Freisinnige Ztg., ein Blatt des vornehmen Tones, die von der Danziger Ztg. und den Neuesten Nachrichten zustimmend zitiert wird, schreibt hierüber:

Richtig sei nur, daß die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei am meisten unter dem Betragen Diebstahls zu leiden gehabt habe, da sich der Weg Diebstahls unmittelbar neben den Wänden der Fortschrittlichen Volkspartei befindet und deren Mitglieder also in der wenig beachtenswerten Lage waren, die Kuppeln dieses Burschen aus erster Hand zu genießen.

### Steuernpromisse?

Die „Kölnische Volkszeitung“, bekanntlich ein Zentrumsblatt, schreibt:

Obenfalls das eine scheint festzustellen: die indirekten Steuern und die direkten Steuern müssen von derselben Mehrheit gemacht werden. Wenn eine bürgerliche Partei die indirekten Steuern nicht macht, dann fallen sie alle, und dann fällt schließlich die ganze ige Steuernmacheri. Dieser Tatsache wird man sich im Bundesrat und im Reichstag bewußt sein.

Daraus geht hervor, daß alle bürgerlichen Parteien den Wunsch haben, sich mit einander über die Steuerfrage zu verständigen. Keine Partei will die indirekten Steuern bewilligen, wenn die andere Parteien sie ablehnen; jede bürgerliche Partei will die indirekten Steuern bewilligen, wenn auch die anderen Parteien dafür zu haben sind.

Die Finanzminister haben sich dahin verständigt, die Erhöhung der Postgebühren, den Fracht- und Zigarettensteuer nicht fallen zu lassen. Von den Vermögen über 2000 Mark sollen als direkte Steuer eine neue Abgabe von nur 1 p.Lauf, neben der Kriegsgewinnsteuer erhoben werden. Der Einkommenzuwachs soll dagegen nicht beunruhigt werden. Auch der Wehrbeitrag soll nicht wieder erhoben werden. Die Kriegsgewinnsteuer soll erst von mehr als 8000 Mark Zuwachs zum Vermögen erhoben werden.

### Delbrücks Nachfolger

Der bisherige Reichssekretär Helferich werden. Hoffentlich vergißt er nicht, daß er das Erbe des Mannes übernimmt, der dem deutschen Volke amtlich zum Dank für die Kriegspolier die Neuorientierung feierlich versprochen hat.

### Herabsetzung der Altersgrenze

Der 12. Auschuß des Reichstages begann die Beratung der Novelle zur Reichsversicherungsgesetzgebung. Sie bestimmt, daß 1. Altersrente vom vollendeten 65. Lebensjahre ab gewährt, 2. die Waisenrente für das zweite und jedes weitere Kind von ein bis vierzig auf ein Zwanzigstel der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers vermindert, 3. die Beiträge um höchstens 2 Pf. für jede Lohnklasse erhöht werden.

Zur Herabsetzung der Altersgrenze lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, die Barrente von 1200 auf 1000 Beitragswochen zu verringern. Die Regierungsvertreter wandten sich aus gelegentlichen und finanziellen Gründen gegen den Antrag, der eine wesentliche Mehrbelastung für das Reich und die Versicherungsanstalten bedeuten würde.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt, dagegen die Grenze für die Bezugsberechtigung der Altersrente einstimmig nach der Vorlage auf das vollendete 65. Lebensjahr festgesetzt.

Vom preussischen Landtag. Im Abgeordnetenhaus drängte man sich dahin, daß das Verlangen des Abgeordnetenhauses am 24. Mai seine Arbeiten wieder aufnehmen solle, und zwar soll an erster Stelle die Steuervorlage beraten werden, die vom Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses bereits erörtert ist. Zweifelhaft ist noch, ob die Gesegentwürfe betreffend Schatzungsamt und betreffend Förderung der Endarbeiten in diesem Sessionsabschnitt erledigt werden. Beide Gesegentwürfe sind noch in der Ausschussberatung.

Ein fürchtbares Justizsurteil gegen sozialistische Führer! Die wegen Hochverrats angeklagten, der Jugendorganisation angehörigen Genossen wurden zu Zwangsarbeit verurteilt. Abg. Genosse Hoeg Land zu dreijähriger, der Journalist Genosse Oshund zu einjähriger und Genosse Dr. Hebe zu einjähriger.

Im Jahre Zwangsarbeit wegen Verurteilung einer politischen Uebersetzung!

### Volksnahrung

Nicht Worie, sondern Taten! Unserem Magdeburger Parteiblatte entnehmen wir die folgenden Ausführungen: An der öffentlichen Verhandlung der Reichstagskommission ist ein Ueberblick eingetreten: es sind in den letzten Tagen das kräftigste Worte gebraucht worden und man ist zur überaus wichtigen Anerkennung von sozialistischen Vorschlägen gekommen, die nach der Meinung Mancher als

Wortführer herabgesetzt wurden. In Berliner Zeitungen, öffentlichen und halböffentlichen, machte man hohen Staatsbehörden den Vorwurf, sie hätten durch verfehlte Maßnahmen, Saumseligkeit und Unentschlossenheit arg gesündigt. Man schrieb von schamlosem Wucher, der sich entwickeln konnte, weil der Profitgier freier Spielraum gelassen wurde, machte die Staatsbehörden für das sinnlose Schweinmorden im vergangenen Jahre verantwortlich für die Massenabschlachtung des Viehs durch Konferenzen. Von den Staatsbehörden dann Vorwürfe an die Gemeindevorstände, von dort sollte es juristisch. Es erklang das alte Lied: eine Stelle schloß die Schutz der anderen zu. Die „gehobene“ Sprache in den Blättern der Reichshauptstadt feierte auch in der Provinz den Mut gewaltig. Zeitungen, die bisher auch den verfehlten behördlichen Maßnahmen gegenüber selten ein Wort der Kritik fanden, die sich selbstverständlich auch hüteten, für den „freien Handel“ irgendwelche einschränkende Maßnahmen zu fordern, wurden plötzlich energisch, gebrauchten sehr starke Berliner Worte und hielten Eingriffe in den privaten Handel für angängig. Erstaunt lasen auch in Magdeburg (und genau so war es auch in Danzig) manche Zeitungsläser auf welchem Papier, wo sonst die kühle großbürgerliche Zurückhaltung galt und höchstens einmal ein leiser Tadel gegen irgend eine untere Verwaltungsstelle zu finden war, schwarze Worte und Mahnungen gegen Händler.

Die Entrüstung geht über den Nahrungsmittelwucher und die Kritik ist charakteristisch für die noch immer geltende Methode der Förderung der Kriegswirtschaft. Man hat immer geglaubt, durch Mahnungen und Schelten den Kriegswucher bekämpfen zu können, und war verwundert und erstaunt, wenn sich zeigte, daß er trotzdem prächtig gediehen war. Man wollte durch Appelle an die Moral Lebensmittel verteilen und machte bei jedem Lebensmittel mit tödlicher Sicherheit die Erfahrung, daß es versteckt wurde von der Spekulation, von Hamstern gesammelt wurde, der Vermüstung und Vergeudung preisgegeben wurde. Wenn es dann vom Markte verschwunden war — wunderte man sich und war entrüstet. Man scheute sich aber, durchgreifende Maßnahmen zu ergreifen. Worte sind keine Maßnahmen.

Die Sozialdemokraten wollten die Nahrungsmittelfrage nach den einfachen und für ein von Feinden unklammertes Land allein richtigen Grundsatz gelöst wissen:

### Was in Deutschland wächst, gehört dem deutschen Volke.

Die Behörden verteilen, nicht der Privatbesitzer, die Behörden setzen den Preis fest, nicht die Profitgier. Nach diesem Grundsatz wurde selbstverständlich nicht gehandelt. Die Friedenswirtschaft war auf die freie Konkurrenz, auf den freien Handel aufgebaut, man war der absonderlichen Meinung, die unrationelle, Kraft und Gut verwüsthende Friedenswirtschaft ließe sich auch im Kriege aufrechterhalten. Das ging natürlich nicht. Weil man das nicht einseh, wurde aus der Lebensmittelversorgung eine lange Kette von schweren Mißgriffen und Fehlern. Das Volk hat sie in erster Linie zu fühlen bekommen. Man brought nur an die Höchstpreispolitik mit ihren auswärts springenden Anreizpreisen zu denken, an die geschlossenen Kartellpreisen im Winter und faulenden Kartoffeln im Frühjahr, an das Versteckspiel mit Fett und Butter und nicht zuletzt an die Fleischpolitik, die darin bestand, daß man erst das Vieh verschwinden ließ und nachher Organisationen schuf, um es zu verteilen — wo nichts mehr zu verteilen war.

Der ganzen Nahrungsmittelversorgung, und ganz besonders gilt dies für Danzig — fehlte der große, leitende Gedanke: Allgemeinversorgung ohne jede Rücksicht auf Privatinteressen. Die Sozialdemokraten arbeiteten trotz des Mangels einer gebundenen Grundlage zu jeder Stunde mit und suchten gegen die turmhohen Hindernisse zunächst Erreichbares durchzusetzen. In diesem mühevollen Ringen zeigte sich die ganze Widerstandskraft des Alten, der überholten Anschauungen. Das Neue unterlag zumeist, wenn es sich nur auf künge Voraussicht stützen konnte, es siegte immer erst dann, wenn die Not dazu trieb. Dann bräuchte aber der Sieg zumeist nur noch geringen Nutzen. Wie es im Staate ging, so in der Gemeinde. Auch hier das feststehende Motto: Dem privaten Handel dürfen keine Hindernisse entstehen.

### Lebensmitteldifferenz

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Landes- und bürgerlichen Regelung der Lebensmittelversorgung, besonders auch das so gut wie völlige Versagen der von den maßgebenden Interessenten beherrschten Selbstverwaltung der Gemeinden, hat zu der Absicht der Einrichtung eines besonderen Reichsamtes mit weitgehenden Vollmachten geführt. Es handelt sich um einen Plan ähnlich dem Vorschlage des Prof. R u h n e r s, der die militärische Regelung dieser Frage will. Die Ueberzeugung wird immer allgemeiner, daß dieses Gebiet nicht länger der Unentschlossenheit, den Experimentatoren und dem Wucher überlassen bleiben darf. Deutschlands Sieg hängt jetzt mehr als je von seiner wirtschaftlichen Behauptung ab. Deshalb ist unerlässlich festes Zugreifen, das nur die Zweckmäßigkeit kennt und keine Rücksicht auf Profitgier nimmt, unbedingt geboten.

Als Leiter des neuen Amtes soll der hochkonservative Oberpräsident von Pommern, von Waldow, in Aussicht genommen sein.

### Galerie schöner Seelen.

Die Preisprüfungsstelle München marst vor nachstehend aufgeführten 15 Firmen: Die kondensierte Milch von Walther u. Co., Berlin, kommt danach auf 2 Mark pro Liter. Ebenfalls von Türl u. Rabst, Frankfurt a. M., auf 2,50 Mark. Solche von S. Stray, Altona, auf 2 Mark, von der Trockenmilchverwertung - G. m. b. H., Berlin SO 26, auf 2 Mark und solche von Jul. Weinmann, Frankfurt a. M., ebenfalls auf 2 Mark pro Liter. Trockenmilch von der Firma Artur de Verne, Berlin S 62, kostet das Kilogramm 4 Mark, Materialwert 1,60 Mark. Die gleiche Firma macht auch das sogenannte Pfahnderbröt.



Zur Theaterkultur-Reform

Von Rechtsanwalt Dr. Ludwig Seelig-Mannheim, Generalsekretär des deutsch-österreichischen Bühnentariffs.

Dieser Originalaufsatz des ersten deutschen Theaterfachverständigen verdient besondere Würdigung durch den Übergang des Danziger Theaters in den Besitz der Stadt. Er ist zugleich eine klassische Zurückweisung der von dem Kritiker der Neuesten Nachrichten vertretenen höchst sonderbaren Anschauungen über die künstlerischen Aufgaben der Bühne.

Die Kriegszeit hat uns für die Frage der Theaterkultur-reform wichtige Lehren gegeben. Nur zu häufig wurde den Reformplänen früher die Behauptung entgegengehalten, daß es nicht am Theater, sondern am Volke fehle, daß nicht das gute Theater dem Volk verlagert sei, wohl aber das Volk gegenüber dem guten Theater verlagert. Schon heute vermag man ohne Übertreibung zu sagen, daß die Erfahrungen der Kriegszeit diesen Satz widerlegt haben. Unmittelbar nach Kriegsausbruch wurde in der ersten Bestürzung, selbst in Künstlerkreisen, die Befürchtung wach, daß die Theaterkunst während eines so gewaltigen Völkerringens, wie es der gegenwärtige Krieg bedeutet, überhaupt schweigen werde, daß die vom Kriege betroffene Welt schweigend dem Ausgange des Kampfes entgegenharren müsse. Als es dann die nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründe vermochten, daß immer mehr Bühnen den Betrieb eröffneten, verriet sich zunächst noch eine weitgehende Unsicherheit in der Gestaltung des Spielplanes. Wohl war man sich darüber klar, daß jetzt für minderwertige Auslandsware, mochte ihre Einführung zuvor noch so sehr Mode gewesen sein, auf deutschen Bühnen kein Raum mehr war. Aber gründlicher wurde niemals der gute Geschmack und der Geist des deutschen Volkes verkannt, als indem man ihm mit den sogenannten patriotischen Gelegenheitsproben, die sich äußerlich der Kriegszeit anpassen, zu dienen trachtete. Hierin offenbarte sich widerlicher Geschäftsgeist. Es waren Kinderkrankheiten, die überwunden wurden. Dann ging man vielfach von dem Gedanken aus, gerade während der Erschütterung aller Gemüter durch die ungeheuren Ereignisse der Wirklichkeit, während der gewaltigsten Spannung und tiefgehenden Erregung müsse sich die Theaterkunst darauf beschränken, ein Gegengewicht abzugeben, indem sie zerstreue, leicht unterhalte und erheitere. Gewiß war gute und heitere Unterhaltungskosten auch jetzt am Platze, um die erregten Gemüter harmonisch auszugleichen, zu entspannen und mit dem Gleichmaß auszustatten, das zur gedehnten Fortführung und Aufrechterhaltung des inneren Lebens der Nation unerlässlich war. Aber wenn ja, so mußte jetzt, wo draußen um der Menschheit große Dinge gerungen wurde, auch die Theaterkunst höheren und kühneren Flug wagen. Es durfte und mußte auch die Schaubühne vom ehernen Schritt weltgeschichtlicher und heroischer Vorgänge widerhallen, hatte die gewaltige Tragödie, hatten Schiller, Goethe, Kleist, Heibel, Shakespeare das Wort. Und in der Tat hoben sich zusehends mit dem weiteren Verlaufe der Kriegszeit der Wert und die Bedeutung des deutschen Spielplans: immer würdiger, ernster und gediegener wurde sein Gepräge. Vergleicht man heute die Spielpläne der deutschen Bühnen, sowohl des Reiches als auch in Berlin, so läßt sich eine gewaltige Hebung und Läuterung gegenüber den Darbietungen der vorausgegangenen Friedenszeiten nicht bestreiten. Und das Volk ging mit. Das deutsche Volk hat die reineren und edleren Leistungen der deutschen Theaterkunst im Kriege mit der geistigen Hingabe, Tiefe und Empfänglichkeit in sich aufgenommen, die dieses Volk überhaupt auszeichnen.

So gab uns der Krieg die eine große und wichtige Lehre, daß es dem deutschen Theater nicht am Volke, sondern dem deutschen Volke am deutschen Kulturtheater fehle. Möchte die Lehre doch von all jenen Theaterphilosophen und Theaterpolitikern, die ihre Systeme allzu bequemem Art auf der entgegengelegten Meinung aufbauen, mehr als bisher beherzigt werden!

Eine andere wichtige Lehre hat der Krieg den Theaterstädten erteilt. In den Städten sind die Theaterkrisen infolge der Kriegsverhältnisse vielfach aufgelöst — oder es hat sich doch die richtige Anschauung Platz verfaßt, daß es in der bisherigen geschäftsausbeuterischen Weise nicht mehr weitergeht. Man schaut sich überall, wo man guckt, und ehrlichen Willens ist, nach gesünderen und reineren Verhältnissen. Während des Krieges selbst sind es teils Notbehelfe, wie die für alle Teile gleich verderblichen Cassipiele besserer Ensembles, teils Uebergangseinrichtungen, deren man sich bedient. (Die gastierenden Bühnen wissen offenbar gar nicht, welches Unheil sie der Theaterkultur im ganzen mit ihrer Tätigkeit zufügen!) Aber überall bringt in vorangeschrittenen und ernstlichen Geistern die Erkenntnis durch, daß trotz aller wirtschaftlichen Sorgen und Nöte der Neuaufbau der Gemeintheater erfolgen muß. Daß hierbei die richtigen, fast immer und überall verkannnten Grundsätze und Grundgesetze endlich erkannt würden — das liegt im dringendsten Interesse, im Lebensinteresse der Zukunft der deutschen Theaterkultur. Die eine dieser Wahrheiten ist die: An sich ist der städtische Eigenbetrieb nicht teurer als der Pachtbetrieb. Was Dr. Gehardt den Frankfurtern gesagt hat, gilt für alle Theaterstädte. Wenn behauptet wird, daß im städtischen Theaterbetriebe unnötig Geld hinausgeworfen wird, so ist das unrichtig. Will aber behauptet werden, daß sich der städtische Pächter oder durch ihn die Stadt sozialen Pflichten entziehen kann, denen sich die Stadt selbst nicht verschließen darf, so ist das unmoralisch. Es ist nicht wenig lehrreich, die Pachtverträge, die deutsche Städte auch jetzt ihren Pächtern oder Pachtlandkandidaten vorlegen, von diesen Gesichtspunkten aus nachzuprüfen. Dabei sehen wir von den Fällen ganz ab, wo nicht einmal der gute Wille besteht, die sozialen Pflichten gegenüber Volk und Künstler zu erfüllen — von den Städten also, wo jeder derartige Wunsch mit dem bequemen Hinweise abgelehnt wird, der Stadt gebe das nichts an, man wende und halte sich an den Pächter. Wir gehen von den Städten aus, wo der gute Wille besteht, ein einwandfreies künstlerisches und soziales Verhalten zu betätigen. In den Pachtverträgen wird vorgeschrieben, daß Spielplan und Spieltätigkeit eine würdige, ernste Gestaltung zu erfahren haben, die Dienstverträge der Mitglieder sind dem Magistrate zur Genehmigung vorzulegen, Größe und Art des Personals werden vorgeschrieben (aber bezeichnenderweise meistens nicht die jedem Fach zu gewährenden Gehälter und Vergütungen!). Berechnet man aber dann die sicheren Ausgaben und die möglichen Einnahmen, berücksichtigt man die Opfer, die von der Gemeinde selbst gebracht werden, so stellt sich oft genug heraus, daß der Pächter, wenn er das finanzielle Gleichgewicht erhalten oder gar Gewinn erzielen will, auf die Ausnutzung seiner Arbeitskräfte angewiesen ist. Diese Ausnutzung mag sich in zweifacher Hinsicht vollziehen: einmal durch Herabdrückung der Dienstbezüge — denn diese sind das einzige, woran er sparen kann —, oder durch Ausbeutung der Arbeitskraft (dienstliche Ueberbürdung, Absteckermenschen). So sind es am letzten Ende doch nur die Theaterstädte, die an den sozialen und künstlerischen Nöten die Schuld tragen.

Hiergegen wird nun von den Städten der Einwand erhoben, die wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten es ihnen nicht, größere Opfer für ihre Theater zu bringen, und es wird dieser Einwand mit dem besonderen Hinweis auf die Kriegsverhältnisse unterstrichen. Der Einwand geht aber fehl, und

die Betrachtung, warum er fehlschlägt, führt uns zu dem innersten und tiefsten Grunde, zur Wurzel des Übels im Theaterwesen. Dieser tiefste Grund der gemeindlichen Theatermisere liegt an dem Mißverhältnis zwischen dem Kunstwillen und den zu seiner Verwirklichung gebrachten Leistungen. Die Städte errichten nicht nur glänzende Theatergebäude, sie wollen auch einen großen und glänzenden Theaterbetrieb, — aber die Kosten sollen nicht höher sein, als wie sie ein höchst unzulänglicher, dürftiger Theaterbetrieb mit sich bringt. Man will sich nicht dem Rahmen einfügen, der den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, man will einen großen Rahmen für die Theaterkunst. Die Kosten und das Risiko aber, die zu seiner Ausfüllung unumgänglich sind, will man nicht tragen, sondern auf den Pächter übertragen. Auf ihn wird dann der öffentliche Vorwurf des unkünstlerischen und unsozialen Betriebes abgewälzt. So wohlgemerkt die Pachtverträge auch lauten mögen, so sehr sie eine soziale Gebahrung der Theaterleitung grundsätzlich erheischen — daß man sich der Folgen einer praktischen Handhabung, die unzulängliche Mittel zur Durchführung solcher Grundsätze bietet, wohl bewußt ist, das zeigt sich schon bei der Wahl des Pachtbewerbers. Noch immer und fast überall erhält der Kurgeschäftsman, der gewandte, smarte Geschäftsunternehmer, mag seine soziale Vergangenheit noch so dunkle Schatten aufweisen, den Vorzug vor dem ehrlich strebenden Künstler.

Wo die Mittel einer Stadt nicht ausreichen, um ein Theater mit guter Kunst angemessen durchzuführen, den sozial unerlässlichen ganzjährigen Betrieb einzurichten, da muß sich eben die Gemeinde mit andern Gemeinden zusammenschließen, um dieses Ziel durch ein Verbandstheater — das Städtebündentheater im Eigenbetriebe mehrerer Gemeinden — zu erreichen. Statt einer sechs- oder siebenmonatlichen Spielzeit, bei der die Angestellten für den Rest des Jahres auf die Straße gesetzt werden, muß sich die Gemeinde mit einer zwei-, drei- oder viermonatlichen Spielzeit begnügen, durch Schaffung der Verbandsorganisation aber herbeiführen, daß die Mitglieder für die übrigen Zeiten des Jahres beschäftigt sind. In den Krebschäden des Theaterwesens von heute gehört das Absteckertum mit seinen ewigen, täglichen und nächtlichen Reisen. Dieses Unwesen bedeutet objektiv die äußerste und rückständigste Ausbeutung der Arbeitskraft der Mitglieder, die Vernichtung ihrer künstlerischen Kraft und ihrer Gesundheit. Nur durch das planmäßig organisierte Städtebündentheater kann dieses Unwesen überwunden werden. Und mehr als je ist es heute an der Zeit, sich zu dieser Ueberwindung zu entschließen. Man habe nur den Mut, ehrlich und aufrichtig zu sein und den ersten Schritt zu tun, um den sozialen Druck, der bisher durch die Art der Pachtverträge ausgeübt wurde, aufzugeben, um durch organische Reform und Zusammenschluß mit anderen Gemeinden in angemessener Weise neu aufzubauen. Man finde den Mut zu dieser Reform um so eher, als ja viele Theatergemeinden an der Unsicherheit, Unfestigkeit und Unzulänglichkeit der Berufsverhältnisse der Mitglieder eine Mitschuld tragen. Sie errichteten eigene Theatergebäude, sie gründeten eigene Betriebe, aber die sozialen und künstlerischen Folgerungen, die sich in der Gestalt von Opfern und Pflichten daraus ergaben, haben sie vielfach zu ziehen abgelehnt. Was aber durch Organisation zu erreichen ist, hat uns abermals der Krieg gelehrt. Es ist nicht einzusehen, warum die Lehren, die wir bei der Verteilung der Gegenstände des täglichen Bedarfs, der Lebensmittel, gewonnen haben, uns nicht auch bei der Verteilung der geistigen Nahrung des Volkes sich nützlich erweisen sollten. Möchten die Städte bei der Neuordnung ihres Theaterwesens während des Krieges oder nach dem Kriege sich doch immer von der Grundwahrheit leiten lassen: nicht von der Finanzfrage, sondern von der richtigen Organisation hängt das Gelingen ihrer Schaubühne ab.

Ich liebe dich...

Nicht weil es Sommer, bin ich so durchsonnt. — es ist etwas in mir, ein heller Glanz von Wissen; ich fühle mich schwebend über Düsternissen — nicht weil es Sommer, fühle ich mich durchsonnt.

Nicht weil ich kämpfte, fühle ich mich so stark, es ruft ein Wollen durch mein ganzes Streben: ich fühle neuen Glauben in mir leben — und da ich glaube, fühle ich mich so stark.

Nicht daß ich glaube, fühle ich mich so froh — ich bleibe und liebe und — dies ist's: Ich liebe — Ich liebe dich — und wenn mir sonst nichts bliebe — ich rette dich, und sieh — so bin ich froh.

Sulpis Zerfass.

Aus dem Tagebuch eines Alpini-Hauptmanns

In der Augsburgsburger Abendzeitung erzählte Dr. Buchmünd aus dem Tagebuch eines italienischen Alpinihauptmanns, der gleich seinen vier Brüdern gefallen ist, u. a.: „... Eines Tages kommt Befehl: „Schluderbach angreifen!“ Unser Bataillon vor. Bei Kilometerstein 12 werden wir von einem Hagel von Geschossen überhäuft. Meine Kompanie ist dezimiert. Der Rest meiner Leute bittet mich, zurückzuziehen. Es wäre sinnlos vorzugehen. Ich sehe es selbst ein, sehe, daß die Abhänge des Monte Piano vom Feinde besetzt sind. Ja, wie ist das möglich? Dieser Teil des Berges ist italienisches Gebiet. Sechs Wochen vor Kriegsausbruch war ich selber oben, hab mich zwanzig Tage lang oben herumgetrieben. Bericht erstattet, daß die Österreicher von hier aus leicht angegriffen und geworfen werden können. Und jetzt? Wie sind die Feinde hinaufgekommen? Wie haben sie ihre schweren Geschütze dort auf italienischer Seite eingegraben können? Ich habe keine Zeit zum Nachdenken. Ehe ich mit mir ins reine komme, sehe ich mich mit meinem treuen Burschen allein. Der Rest meiner Kompanie ist gewichen. Und schon erreicht mich ein Adjutant mit dem Befehl: Vorgehen bis nach Candro auf jeden Preis! Ich allein mit meinem Burschen? Am Abend Kriegsrat, böse Stimmung in den höheren Regiments. Drei

Mann meiner Kompanie sollen wegen Feigheit vor dem Feinde erschossen werden. Ich rette sie mit dem Aufgebot meiner Lungenkraft. Seit zwei Wochen wird jeden Tag ein Todesurteil ausgesprochen, keines wahr gemacht. Der Geist der Truppen leidet. Dabei sollen unsere Alpini die Auswahl dar...

Zum Sturm auf den Monte Piano! Die Österreicher sollen herunter! Er soll unser Berg werden. „Es ist eine Schmach,“ sagte unser General, „daß der Feind diesen Berg uns nehmen durfte.“ Auch mein Bursche wurde mir von der Seite weggeschossen. Mit fünfzehn Mann komme ich von meiner Kompanie heim. Die Österreicher triumphieren und werden noch lange triumphieren. Wir haben uns in ihnen getäuscht. Wie sie auf den Berg hinaufgekommen sind, bleibt uns ebenso ein Rätsel, wie das, wie wir selber hinaufkommen sollen. Von einem Regiment allein haben über 2000 Mann an den Abhängen ihr Leben gelassen. Und da reden die Zeitungen, wir streben auf Töblach zu! Müßig diese Leute, daß die Österreicher in unerreichbaren Stellungen, an ihren Sperrforts und auf dem verwünschten Piano-Berg stehen, so würden sie mit ihren Ketten stille sein.

Fort von dem Unheilsberg! Zur Strafe muß ich nach Arraba... Es geht höher und immer höher hinauf mit neuen, unbekanntem und unerprobten Mannschaften. Wir verlieren uns in Steinwüsten. Unser Kartenmaterial läßt uns im Stich. Ohne Raß und ohne Ruhe! Der Feind ist überall im Vorteil. Er kennt seine Berge. Wo es ihm an Munition mangelt, schleudert er uns Steine mit einer Treffsicherheit zu, die die Unfrigen nie erreichen werden. Seit drei Tagen habe ich kein Auge geschlossen... Sechs Mann sind uns in der letzten Nacht erstoren. Sämtliche Patronen, die unser Bataillon in derselben regnerischen Nacht ausgehandelt hatte, sind nicht mehr zurückgekehrt. Freiwillig meldet sich zu nächstlichen Potrouillen keiner mehr. Und das nennt sich Elite-truppe! In den Zeitungen aber wird es nach wie vor heißen: Unsere Helden sind unübertrefflich, sie rücken ständig vor, sojagen den Feind, wo sie auf ihn stoßen, in die wildeste Flucht und brennen vor Begierde, Italien reicher, größer und glücklicher zu machen. Bereits sechs Kompanien habe ich als Führer dahinschwanden

sehen. Dies ist heute die siebente, die man mir anvertraut hat. Eine Unglückszahl. Ich möchte diese siebente, nicht überleben. Von den sechs sind nach meinen Feststellungen nur 214 Mann am Leben geblieben, darunter zwei Drittel kampfunfähig. Gestern stand ich vor dem neuen Oberst, dem vierter seit Kriegsbeginn, und abermals in der Rolle des Angeklagten. Ich hätte meine Aufgabe nicht gelöst. Ich wies auf meine beiden Streifschüsse am linken Oberarm und am rechten Bein, wies auf die Zahl der Verluste unserer Kompanie und erlaubte mir die Bemerkung, daß wenn ich diesem Tempo mit der Verschleudrung von Menschenleben fortgefahren würde, die Alpini nur in der Erinnerung fortleben würden...

Der Hauptmann wird nun in das heiß umstrittene Gebiet des Monte Nero geschickt, wo er die Führung einer neuen Kompanie, der achten, übernimmt. Er trägt in sein Tagebuch ein: „Tränen habe ich vergossen, als ich die Leiche eines meiner Soldaten vor mir liegen sah. Niedergestreckt habe ich ihn mit eigener Hand! „Um Gotteswillen,“ hatte er zu mir gerufen. „Hauptmann, ich kann nicht mehr und will nicht mehr. Meine Frau und meine drei Kinder haben ein Anrecht an mein Leben. Seit acht Wochen habe ich kein Lebenszeichen von ihnen erhalten. Meine Kameraden sehe ich tot, wir können die Stellung nicht halten, umsonst ist unsere Anstrengung.“ Weiter war er nicht gekommen. Meine Kugel traf ihn, weil er das Zeichen zur Flucht gegeben hatte, als wir uns einem Graben näherten, in dem Hunderte von Leichen italienischer Gefallener verwesten. Keiner kann den Gestank aushalten. Alles flieht. Den armen Leusei habe ich umsonst niedergestreckt. Auch seine Kameraden hätte ich töten müssen. Sie waren ebenso feig wie er. Nun hat die meisten von ihnen die feindliche Kugel erreicht und mir den furchtbaren Prozeß erspart. Mit seinen 72 Mann kehre ich zurück und höre, daß es den übrigen Kampagnieführern nicht besser ergangen ist. Wann wird dieser Wahnsinn ein Ende nehmen? Wann wird auch unsere Regierung erkennen, daß jeder Versuch, dem Feinde seine sorgsam vorbereiteten Stellungen zu entreißen, nutzlose Sektotomben italienischen Blutes verlangt?“

Die Aufzeichnungen schließen. Am Tage darauf ist der Unglückliche von einer Kugel durchbohrt worden.







Dürfen die beschlagnahmten Gegenstände ausschließlich mit der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft, Berlin, oder der Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen, Berlin, veräußert oder geliefert werden.

Eine weitere Verarbeitung der beschlagnahmten Gegenstände ist im allgemeinen nur insoweit zulässig, als sie sich bereits bei Inkrafttreten der Bekanntmachung im Vorberetungsvorgang befanden. Im übrigen ist die Verarbeitung in bestimmten einzelnen Fällen erlaubt. So dürfen Betriebe, die Lumpen oder Stoffabfälle zu Spinnstoffen verarbeiten, 10 vom Hundert der bei Inkrafttreten der Bekanntmachung vorhandenen Bestände, in keinem Falle jedoch mehr als 10 000 Kilogramm, Seilerereien und Seilfabriken, die bei der Seilwarenherstellung anfallenden Abfallstücke verarbeiten; auch die übrigen Betriebe oder Stoffabfälle verarbeitenden Betriebe, Papier-, Pappenfabriken usw. dürfen bestimmte Mengen verwenden.

Eine monatliche Meldepflicht der beschlagnahmten Gegenstände und die Verpflichtung zu einer Lagerbuchführung ist für alle Personen usw. angeordnet, die eine Gesamtmenge von mindestens 5000 Kilogramm der betreffenden Gegenstände besitzen.

Zu beachten ist insbesondere, daß trotz der Beschlagnahme das Sortieren der Lumpen und Stoffabfälle erlaubt und erwünscht ist.

Gleichzeitig ist am 16. Mai 1916 eine zweite Bekanntmachung erschienen, durch die Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art festgesetzt wurden. Hiernach dürfen die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft, Berlin, and die Aktiengesellschaft zur Verwertung von Stoffabfällen, Berlin, keine höheren Preise zahlen, als die in der der Bekanntmachung beigefügten Preisliste für die einzelnen Sorten von Lumpen und Stoffabfällen bestimmten sind. Da die festgesetzten Höchstpreise diejenigen Preise sind, die von den beiden Gesellschaften höchstens bezahlt werden dürfen, so muß beachtet werden, daß die übrigen erlaubten Veräußerungsgeschäfte über Lumpen und neue Stoffabfälle zu einem entsprechend niedrigeren Preise vorgenommen werden müssen. Ebenso gelten die festgesetzten Preise lediglich für die in der Preisliste bezeichneten Sortimente bester Qualität, sodaß für minderwertige Sortimente ein entsprechend niedrigerer Preis in Ansatz zu bringen ist.

Beide Bekanntmachungen enthalten eine größere Anzahl von Einzelbestimmungen, die für Interessenten von Wichtigkeit sind; die Bekanntmachung über die Höchstpreise enthält insbesondere eine umfangreiche Preistabelle.

Der Wortlaut dieser Bekanntmachung ist in den Regierungsamts- und Kreisblättern, sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.

Wegen Höchstpreisüberschreitungen wurden weiter bestraft: Kartoffelhändler Friedrich Bönke aus Danzig, Stadtgebiet mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Verkäuferin Mariha Starofka, Weidengasse 13, mit 30 Mark eventl. 6 Tagen Gefängnis. Besitzer Rudolf Kallenberg aus Börsendorf mit 100 Mark eventl. 20 Tagen Gefängnis. Verkäuferin Sophie Bahlmann, Weidengasse Nr. 11, mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Fleischermeister Josef Kenderel, Scheiberrittergasse 8, mit 150 Mark eventl. 30 Tagen Gefängnis. Verkäuferin Frieda Dirks, Scheiberrittergasse 8, mit 20 Mark eventl. 4 Tagen Gefängnis. Besitzer Ferdinand Hecht aus Oberhütte mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Besitzer Wilhelm Lau aus Landau mit 100 Mark eventl. 20 Tagen Gefängnis. Fleischermeister Wilhelm Marinski aus Kneipah 27 mit 100 Mark eventl. 20 Tagen Gefängnis. Händlerfrau Marie Davidowski aus Steinweg mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Händler Johannes Bargarth in Emmaus mit 30 Mark eventl. 6 Tagen Gefängnis. Händler Leo Hinz aus Jellensche-Hütte mit 50 Mark eventl. 5 Tagen Gefängnis. Fleischermeister Helmuth Füllbrandt, Breitgasse 14, mit 50 Mark eventl. 5 Tagen Gefängnis. Fleischer Bernhard Hallmann aus Kamrau mit 40 Mark eventl. 8 Tagen Gefängnis. Fleischermeister Walter Schlicht aus Langfuhr mit 40 Mark eventl. 8 Tagen Gefängnis. Besitzer Karl Münch aus Brauerfeld mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Besitzer Ferdinand Wohlfahrt aus Kränken mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Besitzer Karl Ortman aus Odra-Niederfeld mit 100 Mark eventl. 20 Tagen Gefängnis. Händlerin Henriette Aldermann, Paradiesgasse 19, mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Händler Albrecht Meyer aus Abbau Lebno mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis.

Wegen Verkaufsverweigerung wurden bestraft: Kaufmann Felix Czernowski aus Danzig-Langfuhr mit 100 Mark eventl. 20 Tagen Gefängnis. Kaufmann Wilhelm Lehmann aus Danzig-Langfuhr mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Fleischermeisterfrau Ida Schöber aus Danzig-Stadtgebiet mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis. Verkäuferin Elisabeth Pelschitz, Paradiesgasse 13, mit 30 Mark eventl. 6 Tagen Gefängnis.

Wegen Ausschanks von Branntwein und Spirituosen zu verbottener Zeiten wurden bestraft: Restaurateur Hermann Krenke aus Schellmühl mit 150 Mark eventl. 30 Tagen Gefängnis. Hölerei-Inhaberin Emilie Vieder aus Danzig-Langfuhr mit 30 Mark eventl. 6 Tagen Gefängnis. Gastwirtin Emma Klein aus Stutthof mit 100 Mark eventl. 20 Tagen Gefängnis.

Wegen Verkaufs von Schnaps an Jugendliche und russische Gefangene wurde der Kaufmann Bruno Freiwald aus Emmaus mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis bestraft.

Wegen Verfüßern von Brotgetreibe wurde der Landwirt Wilhelm Krüger aus Neubude mit 30 Mark eventl. 6 Tagen Gefängnis bestraft.

Wegen Abgabe von Schweinefleisch an einem fleischlosen Tage wurde die Speisewirtin Juliana Dörke, Kohlenmarkt 4, mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis bestraft.

Ferner wurde die Lagerverwalterin Anna Daple, Romenhof 7, mit 20 Mark eventl. 4 Tagen Gefängnis bestraft, weil sie eine überzählige Brotkarte vorläufig wiberrechtlich benutzt hat.

Wegen unterlassener Führung der vorgeschriebenen Bücher über seine Schweinefleischungen und den Erwerb von geschlachteten Schweinen nach Schlachtgewicht sowie über ihren Abfall, wurde der Fleischermeister Josef Dörke aus Alisa mit 50 Mark eventl. 10 Tagen Gefängnis bestraft.

Wegen Verletzung des Verbots des Verkaufes von Waren an Händler vor 11 Uhr wurden bestraft: Handelsfrau Wilhelmine Bahlav, Südwinkel 24, mit 3 Mark Geldstrafe eventl. 2 Tagen Haft. Konditorbesitzer Gustav Vogel, Kohlenmarkt 9, mit 15 Mark eventl. 3 Tagen Gefängnis. Fleischermeister Franz Bentsowski aus Karthaus mit 10 Mark eventl. 2 Tagen Gefängnis.

#### Danziger — nicht städtische — Speisehallen.

Das Ungulängliche scheint leider in jeder Hinsicht in der Danziger Lebensmittelversorgung bleiben zu sollen. Zunächst ist unsere schlimmste Befürchtung auch wegen der öffentlichen Küchen Tatsache geworden. Es gibt keine städtischen, es gibt nur Danziger Speisehallen G. m. b. H. Die 30 000 Mark, die aus den Kreisen von Handel und Industrie angeblich zur Einrichtung der Küchen hergegeben wurden, haben genügt, um auch diese Einrichtung dem öffentlichen

Einfluß zu unterwerfen. Die Speisehallen sind in städtischen Küchen und als solches Eigentum aller Bürger. Sie gehören einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und sind dadurch selber als gewöhnliche Wohltätigkeitsanstalten gemeldet, deren Guben allgemein als Almosen angesehen werden. Zum Vorstand gehören Frauen. Marie Meyer aus Rostmannsdorf, Frau Plagemann, Kaufmann Leopold Maggistratsassessor Berent, Direktor Böhm, Kaufmann v. Kallow, Bankdirektor Eppmann, Direktor Starke, Bankdirektor Willkötter und auch noch Korvettenkapitän Simon. Kein einziger Arbeitervertreter ist in diesen Kreis der Auszubildenden hineingelassen! Selbst die gewichtvollsten Kritiker, die Beteiligung des Magistratsassessors Berent, des Leiters des Armenwesens, der Kriegsfürsorge, der Allgemeinen Ortskrankenkasse usw. usw., bürgen für eine geregelte Durchführung des Unternehmens.

Wie diese Regelung erfolgt, konnten wir am Sonntag mittag selber in Schildich feststellen. Bereits gegen 12 Uhr wurde vier Kindern sogar das schon eingezahlte Geld zurückgegeben, weil kein Essen mehr vorhanden war! Die am 15. Mai neu eingerichtete Küche am Dominikswall schloß schon ganz früh, weil man auf den Besuch nicht eingerichtet war. Am Abend trösteten die neuesten Nachrichten mit Assessor Berent und am folgenden Tage, Dienstag, hing schon um 1/2 1 Uhr das abweisende Plakat ausverkauft dort. Die Vorgesänge auf die gemeinschaftliche Küche, die wir jetzt mit großer Genugtuung in allen bürgerlichen Zeitungen lesen, nützen gar nichts, wenn man nicht einsehen will, einer wie bringen den Notwendigkeit sie entsprechen. Bezt, wo sie auf Drängen der Öffentlichkeit und des Ministers endlich eingerichtet sind, müssen sie unbedingt so ausgestattet werden, daß sie dem Bedürfnis genügen. Experimentiert darf jetzt nicht länger werden. Auch die G. m. b. H. darf keine schützende Kränze für den Magistrat werden. Ihn trifft doch die volle Verantwortung für das ungenügende Wirken der Küchen. In der Küche am Dominikswall kostet ein Liter Essen, abgeholt oder im unteren Raum verzehrt, 40 Pf. Im oberen Raum kostet er 55 Pf. Suppe und Kompott gibt es dort noch außerdem für je 10 Pf. Die Stadt Charlottenburg gibt das Liter Essen schon für 35 Pf. ob. Die Küche kann täglich 1200 Liter herstellen. Hoffentlich bekommt jetzt auch schleunigst die Altsidi und ebenso Langfuhr die notwendige und genügend große Küche. Auch ist es notwendig, daß endlich die wertvolle Theorie über die Umlaufkassen durch ihre Anschaffung abgelöst wird.

Wir warteten geduldig, bis Donnerstag, ehe wir uns die Einrichtung und den Betrieb in der Musterküche am Dominikswall ansehen. Die Küche ist technisch tadellos; gegen die Art der Herstellung des Essens ist nichts zu sagen. Die Ausstattung der Räume, besonders im ersten Stockwerk, ist freundlich. Selbst der Wandschmuck ist geschmackvoll und ohne Tendenz. An diesen Selbstverständlichkeiten ist, was allerdings in Danzig noch hervorgehoben werden muß, nichts zu tadeln. Sofort zeigen sich aber Mängel, wo die Eigenschaften einer doch aus einem Rottende im Kriege geborenen Volks-, richtiger Muffentüche beginnen. Schon lange vor 12 Uhr sieht man die bekannte Massenansammlung auch hier. Und alle diese Leute, die nur eine kurz bemessene Mittagspause haben und daher naturgemäß unruhig sind, müssen eine einzige Kassenstube passieren. Dort ist, sein lächerlich, wie in jedem Krämerladen, eine Kontrollkasse aufgestellt. So kann gleichzeitig stets nur ein einziger abgefragt werden und trotz redlichster Mühe der bei dieser genialen Einrichtung tätigen Damen läßt das Gedränge nicht nach, weil die Wartenden befürchten, daß sie nichts mehr finden. Wir hörten, daß mehrere Personen klagten, daß sie 3/4 Stunden gewartet hatten und ihnen fast die Kleider im Gedränge abgerissen worden seien. Nichts wäre einfacher gewesen, als die Versammelten zunächst nach den beiden Preisen auf der Straße zu gruppieren, dann dort das Geld gegen nummerierte Bons zu fassen und sie dann nach diesen Nummern zu den Krämergängen gehen zu lassen. Kein Mensch dürfte dann umhülz warten und niemand sich hungrig stehen, um dann doch nichts zu bekommen. Die notwendige Ordnung läßt sich bei diesem Verfahren spielend herstellen. Allerdings gehört dazu auch etwas Vertrauen, und zwar auf beiden Seiten. Mit dem Gerede von der fehlenden Wernunft zeigt niemand seine höhere Einsicht. Wenn die Arbeitererschaft überall ausgeschaltet wird, so kann sie kein besonderes Vertrauen betätigen. Die Regelung wäre sofort erreicht, wenn man, wie in Köln, diese den Vertrauensmännern der Arbeiterorganisationen überlassen würde. Assessor Berent war ebenfalls anwesend und dürfte nun wohl davon überzeugt sein, daß es Leute gibt, die die Entlassung von Angehörigen viel leichter als eine so einfache Maßnahme organisieren können. Von ihm fiel die Aeußerung, daß das Essen im unteren Raum mit 40 Pf. zu billig verkauft werde, weil der Andrang für 75 Pf. größer sei. Diese tiefgründige Meinung ist für die Danziger Sozialpraxis typisch. Der Grund für den stärkeren Kauf des etwas teureren Essens liegt u. a. in der Hauptsache darin, daß die Küche ja gar nicht in einer Arbeitergegend liegt. Zu ihr gelangen namentlich viele Staatsarbeiter, die den weiteren Mittagsweg abtun. Diese können sich auch die 75 Pf. leisten, ebenso die Mittelstandsbefucher. Diese Gründe sprechen doch aber nicht gegen, sondern für den billigen Preis im unteren Raum. Allgemein glauben wir bei der Küchenleitung, die dem Einfluß der Arbeitererschaft völlig entzogen ist, den Standpunkt zu bemerken, daß die Damen die Möglichkeit der Einrichtung und ihre gewiß nicht leichte Arbeit so hoch schätzen, daß sie jede, die sachliche Unzulänglichkeiten betonende Kritik als Herabsetzung empfinden. Dieser fundamentale Irrtum beweist uns, wie notwendig auch bei solchen rein praktischen Einrichtungen geschärftes soziales Empfinden und daher die Selbstverwaltung oder aber weitgehender Einfluß der Arbeitererschaft ist. Andernfalls kann selbst sehr gutmeinende Güte zu einem schweren Hindernis werden. Wir fragen nun, wo man sich doch endlich zur Einrichtung öffentlicher Küchen entschließen mußte, noch viel dringender: Wo bleibt die noch viel notwendigerer Schulspeisung der Kinder? Hoffentlich unterstützen nun endlich auch die inzwischen für die gemeinschaftliche Küche hergestellt gewordenen bürgerlichen Blätter auch diese wichtige Forderung. Sie können doch nicht wollen, daß die Kinder bloß einen großen Teil zu den Heeren der vor den Türen vergeblich Wartenden stellen.

Fleischwaren sind in Danzig und in Bromberg eingeführt worden. In Danzig ist die Durchführung der gleichen Maßnahme beabsichtigt in ganz naher Frist zu erwarten, da die Fleischammelbestände bereits zur Ausgabe gelangt sind.

#### Fleisch-Vorfestellungen?

Am Sonntag, den 15. Mai, normittags, mußten Käufer vor dem Laden des Fleischermeisters H. Füllbrandt, Schiffelbamm 48, sehr unangenehme Erfahrungen machen. Während sie auf Abfertigung warteten, wurde ein Plakat ausgehängt, das ausverkauft sei. Das konnte doch nur heißen, daß kein Fleisch mehr vorhanden sei, wenn nicht eine ungeschickliche Handlung vorliegen sollte. Bald darauf konnte jedoch festgestellt werden, daß das Mädchen des Füllbrandt Fleischwaren in einem bedeckten Korbe in Häuser austrug. Eine darauf von der Polizei ausgeführte Nachsuchung soll kein Ergebnis gehabt haben. Dabei stehen uns die Namen von Personen zur Verfügung, die auf diesem Wege, nach dem Ausverkauf, Fleisch ins Haus gebracht erhielten.

Es liegt auf der Hand, dies haben die Berliner und Königsberger Fleischhändler der Fleischermeister klar erwiesen, daß solche Nachsuchungen nur dann einwandfrei sein können, wenn sie von einem uninteressierten Sachverständigen vorgenommen sind. Das könnte selbstverständlich nur ein Fleischergehilfe, möglichst noch aus einem anderen Ort, damit er später nicht ohne Arbeit bleibt, sein. Uebrigens teilten sogar die neuesten Nachrichten am 16. Mai mit, daß das Berliner Schöffengericht das Reservieren von Waren als unzulässig bestraft hat.

#### Ausländisches Rindfleisch

Läßt der Magistrat vom 18. Mai bei 35 Fleischermeistern in der inneren Stadt, bei zehn in Langfuhr, vier in Neufahrwasser, zwei in Heubude, zwei in St. Marienbrecht, einem in Stadtgebiet und in 25 Ständen der Markthalle verkaufen. Der Einheitspreis beträgt dafür, ohne Rücksicht auf die Qualität, 3,50 Mark für das Pfund. Billiger sind nur Leber, pro Pfund 2 Mark, Herz und Nieren 1,50 Mark, Kopf und rohe Fleck 80 Pf. und Lunge 60 Pf. Leber die Höhe dieser Preise darf man wohl selbst in dieser Zeit nichts mehr sagen. Leider ist Danzig am allerwenigsten eine Stadt, die vorwiegend von Rentiers bemohnt wird. Ob und in welcher Weise dafür gesorgt ist, daß auch die Vermeren, die keine dauernden Kunden der Fleischermeister sind und nicht größere Mengen kaufen können, trotz des Einheitspreises bessere Stücke erhalten, sagt der Magistrat leider nicht. Besonders fällt dann wieder auf, daß der Magistrat auch den Verkauf dieses Fleisches in allen lokalen Zeitungen, nur nicht in der Volkswacht inseriert hat! Auch das Danziger Volksblatt und die Danziger Allgemeine Zeitung bekamen das Inserat. Nur der Zeitung, die sich wie keine zweite für die Lebensmittelfrage interessiert, dem Organ der Danziger Arbeiter, ist es in der üblichen Weise wieder vorenthalten. Unser wöchentliches Erscheinen, das man wohl einmal als Grund dieser Ausschaltung nannte, wird einfach durch die Praxis der militärischen Behörden widerlegt. Und daß man uns zu dem gleichen Zweck einmal mit der — Gazeta polonska verglich, hat, sehr höflich geurteilt, doch höchstens den Reiz der Selbstamkeit.

Dieses Fleisch ist übrigens nur durch einen Irrtum nach Danzig gekommen. Die Zentral-Einkaufs-Genossenschaft hatte es für Übersee bestimmt. Wersehemlich ging es aber nach Elbing, wo man es nicht abnahm. Nun erhielt es Danzig. Infolge des sehr hohen Preises ist es nur wenig gekauft worden. Eier und Khabarber läßt der Magistrat vom 19. Mai in Schildich, Neufahrwasser und Langfuhr nur bei privaten Händlern, vom 20. Mai auch in 15 Ständen der Markthalle, verkaufen. Das Pfund Khabarber soll 12 Pfennig und das Ei 15 Pfennig kosten. Sonst kostet die Mandel Eier hier 3 Mark und sogar 3,20 Mark. Warum dieser Bauer nicht verhindert wird, fragt man vergeblich.

Natürlich hat der Magistrat auch diese Verkäufe nicht in der Volkswacht angezeigt. Außerdem hat er auch den Konsumverein nicht am Verkauf beteiligt. Konsequenter kann er gewiß nicht sein.

Die Ausfuhr von Butter und Margarine aus dem Stadtkreise Danzig ist vom Magistrat verboten worden. Als Leiche aufgefunden wurde am Mittwoch morgen auf dem Hofe des Grundstücks Kossbischer Markt 1c die Frau des früheren Bäckersmeisters R. Die Leiche hatte bereits früher zweimal Selbstmordversuche unternommen, einmal indem sie sich aus dem Fenster stürzen wollte und das andere Mal indem sie versuchte, sich mit Gas zu vergiften. Es scheint daher zweifellos, daß das traurige Vornehmen diesmal gelungen ist.

An der Großen Mühle trieb in der Rodame die Leiche eines etwa sechzig Jahre alten Arbeiters auf. Die Personalien des Ertrunkenen konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

## Aus Westpreußen

### Lebensmittelversorgung in Odra.

Unter dem Punkt Verschiedenes (!) wurde in der letzten Gemeindevorstellung so ganz nebenher die Lebensmittelfrage behandelt. Niemand wußte, was hinter dem Verschiedenen steckte und konnte sich daher auch nicht mit Material versehen. Dabei war diese Sitzung die erste seit Februar. Der stellvertretende Gemeindevorsteher Ddar berichtete, daß die Gemeinde beim Mehlverkauf nicht beteiligt sei. Der Kreiskommunalverband gebe das Mehl an Herrn Heinz Lindjun, dem Sohne des Gemeindevorstehers, der es an die Bäcker verteile. Ebenso gehe es mit dem Futtermittel die Lind aber weiter verkaufe. Für den Zentner Mehl erhalte er eine Verkaufsgebühr von 40 Pf. Da bis jetzt 18 500 Zentner verkauft wurden, so ergebe das einen Verdienst von 7320 Mark. Beim Verkauf von Kleie wurden von Lind am Zentner 4,50 Mark verdient. (Wegen des Verkaufs der Futtermittel schwirren im Orte sonderbare Gerüchte. So soll Lind an einem Tage 300 Zentner, zum Einkaufspreis von 11,50 Mark, die der Kreiskommunalverband geliefert hatte, für 16 Mark und 45 Pf. Abfuhr pro Zentner, verkauft haben. Er hat dabei also an einem einzigen Tage



**Lebensmittelknappheit in den Bädern.** Die Bäder sind in den letzten Tagen den Preis eines Bieres Bier um etwa 4 Pfennig erhöht hat, beschloffen die Köpfer Gastwirts, ebenfalls eine Preis-erhöhung vorzunehmen. Ein Liter Bier wird künftig in Götting 1 Mark kosten. Den Gastwirten kommt das Bier auf 25 Pfennig zu stehen. Eine Eingabe an das Generalkommando in Hannover, den Preis des Brotes zu erhöhen, hält der Vorstand des Gastwirtsvereins für aussichtslos. Dagegen macht er darauf aufmerksam, daß das Generalkommando nicht die Größe des Brotes herabzusetzen habe. Es sei nur angeordnet, daß Brot mindestens zu einem Drittel aus Weizen bestehen müsse. Die Herrn Gastwirte werden also auch ohne Preis-erhöhung zu ihrem „angemessenen“ Verdienst zu kommen wissen. Da der neue Bierpreis von 1 Mark pro Liter für Arbeiter kaum erträglich ist, will man den Inhabern einfacher Gastwirtschaften gestatten, sich mit einem niedrigeren Preise zu begnügen und außerdem an Stelle des Bayerischen Bieres Braunbier einzuführen.

**Beden der Ueberfülltheit des Bieres haben wir das Erfordernis bei Besprechung der letzten Dampfer Erhöhung der Bierpreise gesagt.**

**H. L. Keine Lebensmittelknappheit in den Bädern.** Die Maßnahmen zur Badesaison beginnen. In allen Bade- und Kurorten ist man eifrig bemüht, Vorkehrungen zum Empfang der Sommergäste zu treffen. Bei den zahlungsfähigen Erholungsbedürftigen besteht nun aber die berechtigte Sorge auch den richtigen Ort ausfindig zu machen, wo ausreichende Lebensmittel zu beschaffen sind. Den Zweiflern kommen nun aber die Badeverwaltungen tröstend und ermutigend entgegen, indem sie in Zeitungsberichten verkünden, daß neben allen anderen Bequemlichkeiten und Naturschönheiten in ausreichender Weise für Lebensmittel gesorgt ist. Es seien Ab-schlüsse mit Lieferanten für Milch, Butter, Fleisch, Gemüse und alle anderen Lebensmittel gemacht, so daß ein Mangel nicht zu befürchten sei. In diesem Sinne lauten die Berichte der letzten Woche aus Franz, Neuhäuser, Pillau, Rauschen, Neulöhren und anderen Bädern. „Werkwürdig“ wird mancher Städter ausrufen, der bisher unter der Lebensmittelknappheit zu leiden hatte, „wie stellen diese Gemeindeverwaltungen es an, so ausreichend für ihre Kurgäste sorgen zu können?“ Unter welchen Voraussetzungen können jetzt während des Krieges solche Versprechungen gemacht werden?

Diese Frage beantwortet ein Stimmungsbild im „Tag“ (Nummer 232 vom 6. Mai 1916). Es wird hier erzählt, wie ein Herr im Auftrage von 10 000 Berlinern bei dem Gemeindevorsteher eines großen Ostseebades die Ernährungsfrage während des Sommers besprach, mit einem heiteren Lächeln die Antwort erhielt: „Wenn nur recht viele Gäste in diesem Sommer zu uns kämen! Für Lebensmittel wird reichlich gesorgt. Wir melden den voraussichtlichen Bedarf der Regierung an, die den Bade- und Kurorten ganz bestimmte Zusicherungen erteilt hat. Da wird kein Fremder Not leiden...“

**Der Obermeister der Fleischreinigung in Marienwerder, Hoffmann, wurde vom Schöffengericht zu 1500 Mark Strafe verurteilt, weil er wiederholt Lebensmittelverfälschungen begangen hatte. Insbesondere hatte er bei der Herstellung von Wurst allerlei verdorbenes und unbrauchbares Zeug verwendet.**

**Ein Hausier ausgeraubt.** Aus dem Keller der Frau Gerichtsdirektor Bazarewicz in Kulm sind in der Nacht vom 12 bis 13. Mai 2 große geräucherter Säckchen, 2 Röllschinken, 2 Seiten geräucherter Speck und Dauerwürste im Betrage von 150 Mark gestohlen worden.

**60 Zentner Speck** wurden von der Polizei in Jempeiburg beschlagnahmt. Sie waren in Risten verpackt, deren Inhalt in den Frachtkisten als „konservierte Felle“ bezeichnet war, und sollten mit der Bahn verfrachtet werden.

**Verwendung der Weidenrinde zur Fasergewinnung.** Das preussische Landwirtschaftsministerium teilt mit: Seit langer Zeit sind aus der beim Schälen der Rorbweiden gewonnenen Rinde in einfacher Weise Fasern als Bindematerial für Gärtnereien usw. gewonnen worden. Die derzeitige Knappheit an Faserstoffen hat zur Auffindung besserer Verfahren der Faserabspaltung geführt. Die gewonnene Faser kann für sich zur Herstellung roher Gewebe und zur Beimischung zu anderen Faserstoffen als Ersatz für Werg beim Garmischenen usw. Verwendung finden. Ob die vorher auf Gerbstoff verarbeitete Rinde zur Fasergewinnung noch brauchbar ist, steht nicht fest. Die Faserausbeute beträgt 10 bis 20 Prozent der lufttrockenen Rinde.

Die Rinde muß in lufttrockenem Zustande zur Fasergewinnung abgetrennt werden; in größere Haufen frisch zusammengebrachte Rinde schimmelt und ist dann zur Fasergewinnung wenig geeignet. Besonders wertvoll ist solche Rinde, die in geordneten Bündeln zusammengelegt wird. Wenn die Schälsäule gleich beim Schälen in dieser Weise geordnet werden, sind besondere Kosten dafür kaum aufzuwenden. Die Rinde wird von den auf Fasergewinnung eingerichteten Fabriken in lufttrockenem Zustande abgenommen. U. e. hat sich die Firma H. Sternberg jr., Berlin W.O., Neper-beerstraße 1—4 bereit erklärt, lufttrockene ungeordnete Rinde zum Preis von 4 Mark für 100 Kilo frei Waggon des Ab-senders abzunehmen.

Die in Deutschland in einer Schälsperiode (November bis Juni) abfallende Rinde wird auf 6000 Tonnen geschätzt. Davon wird ein Drittel in der Winterhälftezeit November bis März, zwei Drittel in der Frühjahreshälftezeit April bis Juni gewonnen.

Die Weidenrinde kann also zur Deckung des inländischen Faserbedarfs einen namhaften Beitrag liefern. Die Weiden-schälerbetriebe sollten daher im Interesse der Allgemeinheit auf

**Wiederherstellung der gewonnenen Weidenrinde bedacht sein.**

**Kriegsgewinne westpreussischer Zuckerraffinerien.** Die Zuckerraffinerie in Steinau (Kreis Marienburg) ist mit einem Aktienkapital von 480 000 Mark gegründet. Für das Jahr 1913/14 verteilte sie 5 Prozent Dividende. Im Jahre 1914/15 war sie dagegen in der Lage 13 Prozent Dividende auszuschütten zu können. Gleich günstig war die Kriegsjahresleistung der Zuckerraffinerie in Pelslin. Diese ist mit einem Aktienkapital von 900 000 Mark gegründet. Sie verteilte 1913/14 11 Prozent Dividende, 1914/15 dagegen 16 Prozent. Mehrzahl glänzend waren die Abschlässe fast der gesamten deutschen Zuckerraffinerien. Trotzdem vermochten die Interessenten wiederholt eine Erhöhung der Zuckerpreise durchzusetzen, so daß die nächsten Abschlässe der Zuckerraffinerien voraussichtlich noch günstiger ausfallen werden. In der ersten Zeit des Krieges wurde der Großhandelspreis für einen Zentner Rohzucker auf 9,50 Mark festgelegt. Heute ist dieser Preis auf 12 Mark gestiegen worden. Vom 1. September d. J. ab wird er 15 Mark betragen. Wir meinen, daß der Bundesrat angesichts der guten Lage der Zuckerraffinerien weniger Entgegenkommen hätte beweisen sollen.

Die polnische Veritasbank Thorn ist in Konkurs geraten. Seitens der Staatsanwaltschaft ist eine Untersuchung im Gange, da Kredite in unzulässiger Höhe gegeben sein sollen.

**Aus der Partei**

**Königsberger Gegenläufer.**

Die Königsberger Parteileitung, die von dem Arzt, Genosse Gottschalk, geführt wird, erwiderte gegen den von uns in der letzten Nummer mitgeteilten Protest der Gewerkschaftsvorstände in einer längeren Erklärung. Sie behauptet, die Gewerkschaftsvorstände hätten unbemessene Vorwürfe erhoben. Die Gewerkschaftsvertreter hätten die von der Parteileitung am 21. April versuchte Verständigung nicht gewollt. Deshalb sei nichts anderes übrig geblieben, als „die Treibereien einzelner Gewerkschaftsführer“ in der politischen Generalversammlung aufzudecken und diese urteilen zu lassen. Weiter behauptet die Parteileitung, daß sie sich treu an das Mannheimer Abkommen gehalten habe, daß eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft fordere.

Der Kartellauschuß erwiderte kurz, daß die Parteileitung den springenden Punkt, die Absage der Gewerkschaften an die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, übersehen habe. Die Mannheimer Vereinbarung binde die Gewerkschaften in Königsberg nicht, weil sie mit der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion, aber nicht mit der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ abgeschlossen sei. Weitere Erklärungen lehnt der Kartellauschuß als zwecklos ab.

Darauf antwortete die Parteileitung recht erregt, daß zentrale Vereinbarungen auch für Königsberg gelten müßten. Die Gewerkschaften erkannten doch die Generalkommission als Leitung an, deshalb dürften sie auch die zuständige Wahlkreisorganisation nicht ablehnen. Ein kleines Häuflein mißvergnügter Parteigenossen mißbrauche ihre gewerkschaftliche Vertrauensstellung, um ihre politischen Sonderwende zu fördern. Es sei „eine dreiste Umarmung“ den Sozialdemokratischen Verein nicht anerkennen (? Red.) zu wollen. Die Mehrheit des Kartellauschusses spiele „leichtfertig mit der Wahrheit und betreibe die Zersplitterung der Königsberger Arbeiterbewegung“.

Die Sprache der Besonnenheit klingt so nicht. Auch der Vorwurf der Nichtanerkennung der politischen Organisation schien uns ganz undurchsichtig.

**Entkaffung des Parteifekretärs in Bremen.**

Der Sozialdemokratische Verein Bremen hat in seiner Versammlung vom letzten Freitag gegen eine nicht unerhebliche Minderheit und viele Stimmenthaltungen beschlossen, den Parteifekretär Genossen Weilmann sofort seines Amtes zu entheben unter Fortzahlung des Gehaltes bis Ende September d. Js. Genosse Bellmann steht auf der Seite der Fraktionsmehrheit.

**„Nebermütige“ Kaschuben.**

Am letzten Sonntag enthielt die Danziger Zeitung eine Zuschrift aus Karthaus, die eine wahre Geschichte aus der Zeit der Fleischnot behandelt. Der Hergang wird aus einer dort abgedruckten Verfügung des Landrats ersichtlich, die in Nummer 27 des Kreisblattes geformt hat und folgenden originalen Wortlaut hat:

**Fleischverteilung in Karthaus.**

Am Sonntag, den 6. Mai, sollte nach Bekanntmachung im Kreisblatt Nummer 26 auf der diesigen Freibank eine Kuh versteigert werden.

Nach Bericht des Schlichtungsbeamten ist über die Hälfte von dem Fleisch an hiesige Fleischer abgegeben, weil das Publikum mäkelte, ein Beweis, daß für die Karthäuser noch zu viel Fleisch auf den Markt kommt, was ich im Interesse anderer Gemeinden ändern werde.

Wer in der jetzigen Zeit übermütig ist und mäkelte, dem müssen die Fleischstücke noch härter gehängt werden!

Karthaus, den 8. Mai 1916.

Der Landrat Simon.

Zu dieser Verfügung erklären Karthäuser Hausfrauen in der Danziger Zeitung:

1. Die Kritik des Herrn Landrats richtet sich allgemein an „die Karthäuser“, trifft mithin uns Hausfrauen jedes Standes gleichmäßig. Hätte der Herr Landrat denn auch keine Kritik zum Einlauf für den eigenen Bedarf geschickt? Oder rechnet er sich noch immer nicht zu den Karthäusern? Sollte das Freibankfleisch nur bestimmt sein für die anderen, die „werd... Kaschuben“?

2. Wir waren bisher der Ansicht, daß alle die Frauen, die in der Lage sind, sich das teurere Fleisch vom Fleischer zu kaufen, von den Freibankfleischstücken zurücktreten müssen zugunsten der ärmeren Bevölkerung. An solche kleinen Bewandlungen denkt natürlich der Herr Landrat nicht.

3. Hat der Herr Landrat sich das „bemäkelte“ Fleisch angesehen, bevor er seinen Erlaß erteilte? Wie uns gesagt wurde, war es Fleisch von einer irgendwo im Kreise von einem Arbeiter vorgelegten Kuh. Jedenfalls war das Fleisch schmagig, gerissen und hatte ein so unappetitliches und widerliches Aussehen, daß nicht nur das Publikum „mäkelte“, sondern der herrschende Schlichtungsbeamte sich zu einer Frau erklärte, das Fleisch könne man nicht essen. Aber auf höheren Befehl des Herrn Landrats war es nun einmal, weil es für die „Kaschuben“ notwendig nach gut genug war, auf die Freibank gekommen. Und plötzlich zeigten sich die „Kaschuben“ in „überwütiger“, daß sie länger dies Freibankfleisch nicht „essen“ wollten, wie man sich wohl auszubilden beliebt.

Das ist der Sachverhalt. Wir Hausfrauen aber legen hiermit öffentlichen Protest ein gegen diese Art der Behandlung durch den Herrn Landrat und gegen die ganze Art, mit der wir „Kaschuben“ abgehandelt werden. Wir wollen heute noch nicht auf die schönen Titel verweisen, mit denen man uns täglich belegt. Aber wir protestieren!

Dieser Unspruch steht die Frauen von Karthaus. Ihre Unerschrockenheit verdient volle Anerkennung.

**Soziales**

**— Zu Tode mißhandelt.** Das Schwurgericht in Berlin verurteilte Frau Klara Koh wegen vorfälliger Körperverletzung ihres siebzehnjährigen Dienstmädchens Minna Neumann mittels gefährlicher Werkzeuge unter Verjagung miteinander umfassen der drei Jahren Gefängnis, wovon sechs Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Das Dienstmädchen, ein ostpreussischer Flüchtling, ist infolge der Mißhandlungen gestorben. Wir haben seinerzeit über den Fall ausführlich berichtet.

**Literatur**

**Vollgesundheit.** Illustrierte Monatschrift des Verbandes Vollgesundheit, Röhlschreiber i. S. Die sieben erschienene Nr. 5 hat folgenden Inhalt: Warum kann die medizinische Kunst die Ent-wicklung des mediz. Großbetriebes nicht aufhalten? Von H. Wolf. — Die Uebel der ärztlichen Privatpraxis — Verzie, prüft alles und behaltet das Beste. — Fehler in der Krankenbehandlung. — Warum Kälteanwendung nach warmem Baden. — Lachen ist gesund. — Literatur.

**Die Glode.** Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parous (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Des eben erschienenen siebente Heft des zweiten Jahrgangs dieser nun als Wochenschrift herausgegebenen aktuellen Zeitschrift enthält folgende Artikel: Sigmund Rast; Die deutsche Sozialdemokratie in den Berechnungen der Entente. R. H. W.; Deutschland auf dem Wege zum Sozialismus. C. Döring; Baluta, Kapitalverehr und Bevölkerungsbewegung. Edward Steiger; Karl Kamprecht und das kulturgeschichtliche Problem. Giffon; Eine Stimme aus dem Felde. Wozu reden wir auf der Parlamentaristritze? Die Lage in Indien. Fabel. Die Woche. Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 20 Pfennig, vierteljährig 2,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

**BORG'S Hindenburg-Zigarette**

etwas ganz Hervorragendes. 3 Pfg. überall erhältlich.

167



**Materialwert 1,25 Mark, Verkaufspreis 6,40 Mark.**  
Trockenmilchpulver „Sauerer“ von Friederich G. m. b. H.,  
Subwigshafen an Rhein, hat einen Materialwert von  
2 Mark pro Kilogramm und kostet 6,75 Mark. Der  
Doppelrahm der W. G. P. hat einen Wert von 1,50 bis  
2 Mark und kostet 4,50 Mark. Die Kaffeebohnen von H. Jung  
sel. Wme in Bonn a. Rh., kommen auf 20 Mark pro Kilo-  
gramm. Krüch's Milchpulver, Zusammensetzung von 20 Krüch's  
Berlin SW 68, hat pro Kilogramm einen Materialwert von  
1,80 Mark und wird mit 6,90 Mark verkauft. Die Kaffeebohnen  
„Sahel“ von Lehmann u. Böhne, Berlin W 35, Lilgenstr.  
Nr. 102, haben einen Verkaufspreis von 5 Mark, ihr Material-  
wert ist 1,60 Mark pro Kilogramm. Die schon oben erwähnte  
Krüch's Milchpulver in Berlin macht auch aus Kaffeebohnen,  
Stärke und Südstoffen, die mit gelbem Leerfarbstoff gefärbt sind,  
Butteröl, das mit 50 Prozent Butter gemischt werden soll. Das  
Butteröl kostet 15 Pfennig bei 25 Gramm. Misch man Butter  
mit Salz und Kaffeebohnenpulver in gleichem Verhältnis, so  
kommen 25 Gramm Kaffeebohnen auf 2 Pfennig. Die Berliner Firma  
Leon Rosen, Hohenzoller Str. 33, verkauft als Honigpulver  
eine Mischung aus Zitronensaft, Zitronensäure und weißer  
Leerfarbe. Der Materialwert beträgt pro Kilo 1 Mark, der  
Verkaufspreis beträgt 5 Mark. Die gleiche Firma verkauft  
auch „rote Erbsenpulver“, Materialwert 1 Kilo 1 Mark, Ver-  
kaufspreis 4,50 Mark.

Wie der Welt am Montag einer ihrer Leser mitteilt,  
wirkt der Leiter einer der Gesellschaften, vor denen hier am-  
lich gewarnt wird, nämlich der Traktormilchverwertung-  
G. m. b. H., Berlin, bei der Zentraleinkaufsgesellschaft als  
„Sachverständiger“ für Milchpräparate!

### Wie lange noch dürfen sie weiter plündern?

Unter dieser Überschrift berichtet die Erfurter Tribüne:  
Wie die Bucherer es mit den Nahrungsmitteln treiben, so  
auch mit den Kleiderstoffen. Bei einer Zusammenkunft von  
Fachmännern teilte ein Produzent aus Thüringen aus seiner  
Börse mit: Er hatte einen Posten Ware verkauft, der Ab-  
nehmer hatte die Kaufsumme bezahlt. Nach wenigen Tagen  
kam von diesem die Mitteilung, daß der gekaufte Posten  
einem anderen Herrn gehöre; der neue Besitzer des Postens  
(die Ware ist im Fabriklager befallen worden) hat wenige  
Tage später dem Fabrikanten mitgeteilt, daß der Posten wieder  
einem anderen Herrn gehöre. So ging das fort, bis der  
Posten schließlich an den sechsten Mann gekommen war, ohne  
seinen Platz gewechselt zu haben. Diese Bucherer verfahren  
ganz systematisch, um das Volk auszuplündern. Auch mit  
Bekanntem, die im Auslande hergestellt worden sind, verfährt  
man so.

— 3000 Mark wegen Ueberschreitung der Höchstpreise.  
Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat den Ingenieur Carl  
Bernat, Direktor der großen Meierei Halle, die  
täglich etwa 170 Wagen zum Absatz ihrer Erzeugnisse in die  
verschiedenen Städte hinaussendet, wegen Vergehens gegen  
die Höchstpreise zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die  
Leitung der Meierei, die jetzt auch Konserven, Marmelade und  
Honig verkauft, hatte ihre etwa 198 Kühe für eine bestimmte  
Absatzprovision angewiesen, möglichst viel Honig zu verkaufen.  
Diese gaben oft ein Bierkell und Butter erst  
nach Entnahme einer Flasche Bienenhonig  
für 1,50 Mark ab. Abgesehen davon, mochte sich die  
Meierei einer Ueberschreitung der Höchstpreise dadurch schuldig,  
daß sie für ins Haus gekaufte Milch pro Liter 4 Pf., „Bringer-  
lohn“ und 6 Pf. für „Flaschenfüllung, Reinigung usw.“ von  
ihren Kunden erhoben haben soll.

Der Amtsanwalt hatte 5000 Mark Strafe gefordert. Der  
Täter fällt auch dadurch auf, daß er seit Jahren das hoch-  
wichtige Ehrenamt eines Handelsrichters bekleidet, das  
besonders jetzt zu Treu und Glauben verpflichtet. Der Groß-  
betrieb ist auch dadurch bekannt, daß er zur religiösen Beein-  
flussung der Angestellten eine eigene Anstaltskirche unterhält.

## Gewerkschaftliches

### Kriegsjubiläum des Bauarbeiterverbandes

Durch eine reich ausgestattete Jubiläumsummer feiert  
der Grundstein, das geflügelte Verbandsorgan, das  
25jährige Bestehen des Verbandes. Am 9. April 1891 wurde  
der Verband der Bauarbeiter und am 12. Mai 1891  
der Zentralverband der Maurer Deutschlands  
gegründet. 1910 verschmolzen beide zu der heute maßgebenden  
Organisation des Bauwerkes, dem Deutschen Bau-  
arbeiterverbande, der vor dem Kriege 348 400 Mit-  
glieder zählte. Der Grundstein sagt in seinem Festartikel:

„Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind erwachsen  
aus der eisernen Notwendigkeit. Der aufstrebende Kapitalis-  
mus hatte das moderne Proletariat erzeugt, aber es zugleich  
in tiefes Elend gestürzt. Persönlich frei und mit dem Unter-  
nehmer gleichberechtigt, geriet der einzelne Arbeiter seinem  
Arbeitsherrn gegenüber in die größte ökonomische Abhängig-  
keit. Den Arbeiter aus dieser Abhängigkeit zu erlösen, ihn  
wahrhaft frei zu machen seinem Brotherrn gegenüber, ihn  
vor der Verelendung zu schützen und seine Lebenshaltung zu  
verbessern, ihn aufwärts zu führen einem schmerzlichen Leber ent-  
gegen: das sind die heiligsten Aufgaben der Gewerkschafts-  
verbände.

Leider können wir unser Jubiläum nicht festlich begehen.  
Der Krieg raubt durch die Welt und fordert gewaltige Opfer.  
Salz und Eisen sind Hunderttausend unserer Mitglieder  
sich im Feld, um unser Land und unser Volk, um auch unsere  
Bewegung vor schweren Gefahren zu schützen. Unerhörte  
Menschenopfer sind gebracht worden und werden immer noch  
gebracht. Das ist keine Zeit, um Feste zu feiern. Aber wir  
wollen uns heute wenigstens alle gefallen, daß wir der Orga-  
nisation fest und unerschütterlich die Treue halten wollen, wie  
sie den Bauarbeitern seit fünfundsiebzig Jahren in Not und  
Gefahren die Treue hielt. Niemals lag ja der Wert der Orga-  
nisation klarer vor jedermanns Auge als jetzt, wo die militä-  
rische Organisation beweist, welche Kraft die Vereinigung vieler  
einzelner zu einem einheitlich geleiteten, von einem  
Willen befehlten Ganzen gibt. Ein kleines, gut organisiertes,  
disziplinierendes und bewaffnetes Heer vermag Großes zu leisten,

indes Millionen unorganisierten Einzelnen kein Gegen-  
über bilden. So gibt die Vereinigung auch den Arbeit-  
lern Kraft.“

### Einigung im Baugewerbe.

W. L. B. Die am 15. Mai im Hamburger Gewerkschafts-  
hause abgehaltene Reichstagskonferenz des Deutschen Bauarbeiter-  
verbandes hat den Beschlüssen der auf Anregung des Reichs-  
amts des Innern am 3. Mai zusammengetretenen Konferenz  
des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der  
im Baugewerbe bestehenden Arbeiterorganisationen betreffend  
Fortdauer des Reichsarbeitsvertrages bis zum 31. März 1917  
und auf ein weiteres Jahr, wenn bis zum 31. Dezember 1916  
mit einer der feindlichen europäischen Großmächte ein Frieden  
noch nicht abgeschlossen ist, und den vereinbarten Leuerungs-  
nach nicht abgeklüßten ist, und den vereinbarten Leuerungs-  
Familien der im Felde stehenden Mitglieder zum Pfingstfest  
eine Unterstützung zu zahlen, die etwa 1 1/4 Millionen Mark  
erfordern wird.

Die Verhandlungen in Danzig haben bereits am Diens-  
tag, den 3. Mai stattgefunden. Die Arbeitnehmer verlangten,  
daß die Lohnerhöhung nicht erst am 1. Juli bezw. 1. September,  
sondern sofort in Kraft treten solle. Dem widerlegten sich die  
Arbeitgeber. Endlich versprachen die Unternehmer, sich von  
ihrem Bundesvorstand die Erlaubnis geben zu lassen, die am  
1. Juli fällige Lohnerhöhung schon vom 1. Juni ab zahlen zu  
dürfen. Hoffentlich halten sie ihr Versprechen. Ihre Zusage  
beweist, daß sie die Lohnerhöhung früher einräumen können.  
Sie beweist aber auch, daß die noch immer beliebte Behauptung  
vom „Herrn im eigenen Hause“ wie ein Märchen aus  
alter Zeit klingt und in die Wirklichkeit nicht mehr hineinpaßt.

## Danziger Nachrichten

### Die neuen Steuervorlagen

Sollten am Montag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, in einer  
öffentlichen Volksversammlung, die im Bür-  
gergarten in Schibitz stattfand, besprochen werden.  
Redner ist Genosse Adolf Bartel. Dem Vortrage über  
das jetzt hochwichtige und interessante Thema folgt freie  
Aussprache. Die bedeutsame Tagesordnung und die jetzt sehr  
schlechte Möglichkeit der Abhaltung einer Volksversammlung  
machen allen unsern Freunden die Teilnahme und die Wer-  
bung für guten Besuch zur unbedingten Pflicht.

Die polizeiliche Genehmigung ist ohne Ein-  
schränkung erteilt worden.

**Stadttheater.** Am 16. Mai übernahm Direktor Rudolf  
Schaper die Leitung unserer nunmehr wirklich städtischen  
Bühne. Die Vorbereitungen für die kommende Spielzeit, die  
am 16. September beginnen wird, sind soweit vorgeschritten,  
daß nahezu das gesamte darstellende Personal bereits verpflich-  
tet ist. Der Spielplan wird Große Oper, Spiel-Oper,  
Operette, Ballett, Schauspiel und Lustspiel umfassen. Das  
Orchester wird aus 45, der Operchor aus 35 Mitgliedern be-  
stehen. Das technische Personal wird, der Neugestaltung des  
Hauses entsprechend, ergänzt werden. Für die Oper wurden  
bisher verpflichtet: Erster Kapellmeister: Victor Wolfgang  
Schwarz vom Hof- und Nationaltheater in Mannheim;  
Zweiter Kapellmeister und Chordirektor: Johannes Heiden-  
reich vom Stadttheater in Nürnberg; Oberregie: Theodor  
Weiß, vom Stadttheater; Inspektoren: Albert Bernhardt von Bam-  
berg und Konrad Weber von Mannheim. Nebenregie:  
Fritz Stein vom Stadttheater Elberfeld; lyrische Lenore:  
Richard Hofmüller vom Stadttheater Lübeck und Paul  
Bresin vom Stadttheater Basel; Tenorbuffo: Fritz Sey-  
bold vom Stadttheater Posen; Heidenbariton: Fritz Rupp  
vom Stadttheater Offen. Lyrischer Bariton: Wilhelm  
Schimmelf vom Stadttheater Dortmund; Bassbuffo: Theodor  
Weiß; zweiter Bass: Georg Harder reengagiert. Erste  
Hochdramatische: Auguste Lautenbacher vom Stadttheater  
Freiburg i. B.; jugendlich Dramatische: Ellen Tappin vom  
Stadttheater Würzburg und Hilke Böß vom Stadttheater  
Offen; Koloratursängerinnen: Gerda Sallag vom Stadt-  
theater Kottbus und Gisela Trantsow. Witt Behmann-  
Schwie; Opernsoubretten Hildegard Baumann vom Stadt-  
theater Offen und Gise Miron von Dresden; Soubrette:  
Paula Kling reengagiert; Altstimmen: Halina von Czart-  
linska vom Stadttheater Erfurt und Eta Wilts von  
Düsseldorf; Volontärin: Maria Graf, Schwie: Zim-  
mermann Berlin. Die Mitglieder des Schauspiels werden dem-  
nächst bekannt gegeben.

### Die Morgensuppe.

Man muß verstehen, aus jeder Not eine Tugend zu  
machen. Das ist die beste Lebensregel — für den Einzelnen  
wie für ganze Völker.

Jetzt handelt es sich um die Wiedereinsetzung einer früheren  
allgemeinen Vorsorgenheit in ihr Recht. Kaffee und Tee sind  
heute knapp in Deutschland. Das ist der richtige Zeitpunkt,  
um sich der guten alten Morgensuppe zu erinnern, die bei  
unsern Vorfahren nie fehlte. Im wesentlichen aus  
Weizen- oder Roggenmehl hergestellt, bot sie dem Körper die  
Sättigung und Kräftigung, nach der er früh verlangt, und der  
Wohlfühlmaß ließ nichts zu wünschen übrig. Jetzt wird von  
den ersten Sachverständigen dringend empfohlen, der Morgensuppe  
wieder ihren alten Ehrenplatz im deutschen Hause ein-  
zuräumen.

Die Roggen- oder Weizensuppe ist schmackhaft, herzhalt  
und nahrhaft. Die wichtigsten Nährwerte des Getreides sind  
in ihr unverkümpert enthalten, und wie uns das unentbehrliche  
Brot niemals „überessen“ können, so wissen diejenigen, die in  
einzelnen Gegenden Deutschlands von alter Zeit her an ihrem  
Morgensuppen bis zum heutigen Tage festgehalten haben,  
wie sehr es ihnen alle Tage von neuem mundet. Es ist viel-  
fach üblich, ein Stück Brot dazu zu essen oder auch in die Suppe  
zu schneiden, damit dem Magen auch etwas feste Nahrung ge-  
boten wird. Um den Geschmack zu verbessern, tun besondere  
Feinschmecker etwas Schnittlauch, Petersilie oder Kerbel fein-  
geschnitten hinein.

In der allerersten Zeit werden von Reichswegen ho-  
chwertige Maßnahmen getroffen werden, um den größten in

Frage kommenden Vertrieben Deutschlands die Herstellung  
einer billigen und guten Morgensuppensoße mit etwas Fett-  
zucker zu ermöglichen. Man darf sicherlich erwarten, daß die  
weitesten Kreise unseres Volkes von dieser Gelegenheit eifrig  
Gebrauch machen werden. „Wer lange kuppelt, lebt lange!“  
sagt ein sehr altes Sprichwort. Und wer gleich am Morgen  
dem Körper einwandfreie Nahrung in einer so leicht verdaulichen und  
wohlwollendster Form zuführt, schafft eine gute Grundlage  
für den ganzen Tag.

### Mehr Kinderchor!

Ueber Schulkinderfürsorge veröffentlicht in der „Hannover-  
schen Zeitung“ Oberlandesgerichtsrat Ermel-Königsberg einen  
Aufsatz, in dem er die Erfahrungen aus der Entwicklung-  
geschichte des Kinderhortwesens kurz wiedergibt, die der Ver-  
band deutscher Kinderhorte in einer Schrift dargestellt hat. In  
dem Artikel wird — was wir Sozialdemokraten stets gesagt  
haben — zugegeben, daß es zu einem Familienleben am Werk-  
tag dort, wo die wirtschaftliche Entwicklung auch die Frau  
zur Arbeit außer dem Hause treibt, nicht mehr die Rede sein  
kann. Wörtlich führt Herr Ermel u. a. an:

„Für den Wiederaufbau der vom Feinde verheert in Teile  
unseres schönen Ostpreußens werden — mit vollem Recht —  
mehr hundert Millionen ausgegeben. Das Besie im Lande aber ist  
wie Professor Sering so richtig sagt, der Mensch. Er ist uns nach  
den großen Völkern des Krieges noch wertvoller geworden. Da  
können wir uns nicht mehr erlauben, die hunderttausende an-  
schlußlosen Kinder der Gefahr der Vernachlässigung, des Hungers,  
der Verwahrlosung in körperlicher und geistlicher Beziehung auszu-  
sehen, sondern müssen, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse be-  
stehen, die die Frauarbeit nötig machen, die Pflege der Prole-  
tarierjugend im Kinderhort und den ihm angegliederten Einrich-  
tungen obliegenfalls auch mit Millionenaufwand üben, wenn wir  
statt einer körperlich und geistig verkommenen Generation junger  
Menschen ein gelundes und aufrechtes Geschlecht dort erziehen  
müssen.“

Zugegeben wird hier ganz offen, daß bisher die Kinder-  
fürsorge nicht ausreichend war. Das Kinderhortwesen soll nun  
ausgebaut werden. Das allein genügt nicht. Wer ein gesundes  
Geschlecht erziehen will, muß für mehr Mutter- und Säng-  
lingschuh, für eine Reform des Wohnungswesens, für ein  
Verbot der Kinder-Erwerbsarbeit, für eine gründliche Reform  
des Schulwesens, für weitgehenden Schutz der jugendlichen  
Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie für eine allgütige Hebung  
der Lage der arbeitenden Bevölkerung eintreten.

### Fürsorge für geschiedene Kriegstrauben.

In der letzten Sitzung der Petitionskommission des Reichstags wurde eine  
Petition beraten, deren günstige Erledigung für die geschiede-  
nen Ehefrauen von Kriegsteilnehmern von Bedeutung ist. Nach  
dem Mannschaftsverordnungsgezet haben diese Ehefrauen keinen  
Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge. Das war nicht in allen  
Fällen haltbar, und daher ist durch Verordnung vom 3. August  
1915 eine Unterstützung für schullos geschiedene Ehefrauen  
geschaffen worden, sofern die Unterhaltspflicht des Mannes be-  
steht und tatsächlich erfüllt ist. Gegen diese Voraussetzungen  
wandten sich neben anderen die sozialdemokratischen Abgeord-  
neten. Auf Antrag des Genossen Siebel wurde beschlossen, in  
der Berd-Drutg soll die Voraussetzung weggelassen,  
daß der Ehemann die Unterhaltspflicht erfüllt haben muß. Da  
der gleiche Grundatz für die Unterstützung unehelicher Kinder  
anerkannt ist, steht zu hoffen, daß die Regierung diese Ver-  
besserung der Verordnung vornimmt.

### Unterorschlagungen in der Hochschule.

Der seit 1904, der Gründung der Technischen Hochschule,  
amtierende Rentant Rudolf Both ist seit dem 13. Mai  
zunächst nach Berlin geflohen. Er hat mit großem Raffinement  
erhebliche Unterschlagungen begangen; deren genaue Höhe  
konnte noch immer nicht festgestellt werden, obwohl eigens  
erfahrene Berliner Beamte mit der Prüfung beschäftigt sind.  
Er dürfte sich um Fehlbeträge von über 250 000 Mark handeln.  
Es soll Both, der seine Verfehlungen wahrscheinlich bald  
nach Antritt seiner hiesigen Amtsstellung, in der er großes  
Vertrauen genoss, begonnen hat, sogar möglich gewesen sein,  
von der Regierungskasse höhere Beträge für die Hochschule  
zu erlangen, als für diese ausgeworfen waren. Both ist  
fast 46 Jahre alt und war früher Marineoberzahlmeister.  
Sein Vermögen ist beschlagnahmt und hinter ihm ein Steckbrief  
erlassen. Noch hat man von dem Verfluchten keine Spur.

Both war Günstling des Prinzen Heinrich, mit dem  
er auch eine Bekanntschaft gemacht hat. Auf dessen Empfehlung  
erhielt er die Anstellung an der Hochschule. Wie das Kontroll-  
system gewesen sein muß, das diese jahrelang sorglos  
Unterschlagungen, die eine Viertelmillion erheblich überschritten  
haben dürften, ermöglichte, steht bei einer staatlichen Behörde  
doppelt im Erstaunen.

### Berliner U. E. G.-Diktatur.

So vieles Wunderbare dem aufmerksamen Beobachter  
sich auch in Danzig bietet, am Erstaunlichsten bleibt, daß sich  
in der Öffentlichkeit, außer der Volkswacht, nicht's gegen die  
Fahrpreisverteuerung durch die Straßenbahngesellschaft geltend  
macht. Die bürgerliche Presse schmeigt in allen ihren Teilen.  
Die Danziger Neuesten Nachrichten lobten bekanntlich  
Oberbürgermeister Scholz für seine erste Rede zur Er-  
nährungsfrage in der Stadtvorordnetenversammlung in einer  
Weise, über die jeder Teilnehmer der Sitzung bedenklich den  
Kopf schüttelte. Trotzdem nimmt das Blatt am 16. Mai sogar  
im Leitartikel, in dem es entscheidende Tatsachen statt der vielen  
Worte fordert, unabweislich gegen ihn Stellung. Nach der  
zweiten Stadtvorordnetenversammlung, die sich mit der Er-  
nährungsfrage beschäftigte, übernahm die Danziger Zei-  
tung das Lob des Oberbürgermeisters und erntete damit  
gleiches Erstaunen. Ohne Rücksicht darauf forderte das Blatt  
aber bald darauf, zunächst für den Spargelverkauf, nicht stüm-  
pernde Kleinlichkeit, sondern ernsthafte großzügige Maßnah-  
men. Beide Zeitungen scheuen also selbst nicht die Opposition gegen  
den Gewalttätigen in der kommunalen Verwaltung. Gegen die  
Straßenbahngesellschaft, deren glänzenden Geschäftsabschluss  
sie unlangst veröffentlichten, ist jedoch kein Wort wegen der  
erheblichen Verteuerung der Fahrt gesagt. Dabei ist die Mit-  
stimmung im Publikum wegen der ungerechtfertigten Maß-  
regel allgemein. Einmal empört die Verteuerung und dann  
befürchtet man, daß die allgemeine Verteuerung nicht



lange auf NS werden lassen wird. Nach den Gründen fucht man ungeschick. Auch an die vorgeschlagenen höheren Löhne glaubt man nicht, weil das glückliche Geschäftsergebnis trotz der Aufbesserung der Löhne erzielt werden ist. In die Verisierung als Folge eines Beschlusses des Straßenbahnrats will man in manchen Kreisen noch immer nicht glauben. Man ersticht dort in der Straßenbahngesellschaft eben noch immer ein unabhängiges lokales Unternehmen. Kein größerer Fortschritt als dieser. Die Gesellschaft nennt sich nur in der Firma noch Danziger. In Wahrheit ist es ein durchaus unabhängige Tochtergesellschaft der bekannten Berliner Millionenfirma Allgemeine Wirtschaftsgesellschaft. Der weitaus größte Teil der Aktien befindet sich im Besitz der A. G. Die übrigen Aktionäre dienen eigentlich nur dem Schein, das es sich wirklich noch um eine Gesellschaft handelt. Auch bei der Bemessung der Fahrpreise entscheidet nicht das Interesse des Danziger Verkehrs, ganz und gar nicht die Danziger Bürgerschaft, son-

bern einzig und allein der Wille der Millionenkapitalisten der Berliner A. G. Diese großkapitalistische Diktatur zwingt jetzt zurück die Abonnenten die Verteuerung um 20 bis 25 Prozent auf, um dann der weniger widerstandsfähigeren Beute der viel weniger gebundenen Fahrpreise noch leichter Herr werden zu können. Und trotzdem verjagt die ganze bürgerliche Presse, verjagt alle öffentlichen Gewalten.

**Arbeiterkassette und Preisprüfungsstelle.**

Su dem unter gleicher Überschrift in unserer Nummer 17 erschienene Artikel ist von beteiligter Seite die Aufmerksamkeit, daß wir nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht haben, daß Genosse Gehl dem Dr. Grünspan die Absicht der Begünstigung besserstelligter durch Schaffung geheimer Tisch-Verkaufsstellen vorgeworfen hat. Wir sind der Meinung, daß die Fassung unserer Notiz es an dieser Deutlich-

keit nicht fehlen darf. Auch soll nicht richtig sein, daß Gehl nur ein Anspann das Wort entzogen wurde. Es soll ihm nur gesagt sein, daß er das Wort zur Sache erst nach den Übrigen bereits eingezogenen Rednern erhalten könne. Gehl selbst hat, daß nach seinem Empfinden eine Wortentziehung erfolgt ist. Die Differenzen zwischen beiden Herren sind in zwischen durch eine von Gehl in dem in Frage kommenden Ausschuss der Preisprüfungsstelle loyal abgegebene Erklärung beigelegt. Wir stellen noch fest, daß wir uns aus Gründen, die keiner der direkt Beteiligten verschuldet hat, gegen unsere Willen erst heute hierzu äußern können.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur E. Bartel, Danzig.  
Verlag Volkswacht A. Gehl u. Co., Danzig.  
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H. Königsberg i. Pr.

# Winter-Garten.

**Das große Mai-Programm!**

**Käte Lohse!** Die einzig dastehende Universal-Künstlerin

**2 Roberts!!** Unübertroffene Handstand-Künstler

**Corradini!** Der beliebteste Tanzkomiker  
Grosser Lacherfolg!

**Ukrainisch!! Die 3 Borkums Ukrainisch!!**  
Musikkabarett

Die 8 Libellen Cincinats Hans Hartner Cameross  
Verw.-Tänzer. Tanzakt Soubrette gymn.-akt. Tanzakt

**Sonntag nachmittag 3 Uhr:**  
Grosse Kinder- u. Familien-Vorstellung  
Umgekehrtes Programm bei ganz kleinen Preisen.  
**Sonntag abend Anfang 7 1/2 Uhr: 170**

**Volkswacht**  
Danzig  
Paradiesgasse Nr. 32

**Druckarbeiten**  
für  
Verlese u. Private  
in moderner  
Ausstattung

Spezialität:  
Mastknaufzügen

## Der Geschinack

eines Menschen zeigt sich am deutlichsten in seiner Bekleidung. Nichts kann so störend wirken, wie ein schlechtsitzender Anzug. Meine fertige

### Herrn- und Knaben-Kleidung

wird in moderner Ausführung bei tadellosem Sitz, Haltbarkeit der Stoffe und Preiswürdigkeit von keiner Seite übertroffen. Ich empfehle

**Moderne Herren-Anzüge** ein- und zweireihig, vorzügliche Stoffe, erstklassige Verarbeitung. . . . . von Mark **23 bis 75**

**Vornehme Jünglings-Anzüge** mit langen und kurzen Hosen, Norfolk-Fassons, in jeder Größe. . . . . von Mark **16 bis 55**

**Sport- und marengo Paletots** in feinsten Ausführung von Mark **28 bis 75**

**Sacco und Weste** in marengo, die vornehme Mode von Mark **18 bis 45**

Dazu **elegant gestreifte Beinkleider** von Mark **5 bis 21**

### Einsegnungs-Anzüge

in schwarz und blau in grösster Auswahl  
**19<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> 27<sup>50</sup> bis 45<sup>00</sup>**

# J. Rosenbaum

Brautigasse 128/9 DANZIG Fernsprecher 2121  
Alleiniger Lieferant des Konsumvereins für Danzig. (178)

Die Werke von  
**Goethe • Schiller • Heine • Reuter**

geben wir an unsere werthen Abonnenten zum Preise von 4 Mark für jedes Werk auf wöchentliche Ratezahlung von 50 Pf. ab und bitten regen Gebrauch von dieser günstigen Offerte zu machen

**Buchhandlung Volkswacht**  
Paradiesgasse 32

**Nähmaschinen!**  
Neue und gebrauchte.  
**Fahrräder**  
Zubehör und Ersatzteile.

**Sprechmaschinen**  
Schallplatten u. Taschenlampen  
Batterien, Gas- und Spiritus-  
strömper sowie Taschenmesser  
zu billigen Preisen (131)

**A. Hein, Brautigasse 113**

Modern illustrierte Zeitschriften:  
**Simplex**  
30 Pfennige

**Buchhandlung Volkswacht**  
Paradiesgasse 32.

# Auskunft über Argentinien

gibt das interessante Buch  
**„Das Land der Zukunft“**

Von Leo Kolisch. Mit einem Vorwort von Paul Göhre

Zum Preise von 1 Mark gut gebunden zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32**

1 Mark pro Monat  
lest ein Probe-Abonnement auf die

# Kriegsnummern

## der Lustigen Blätter

Die mit den herrlichen Zeichnungen von Rudolf Presder und den patriotischen Gedichten von E. Heilmann, H. Jüttner, Walter Tries, W. U. Wehner ein jugendliche Interesse erregen, aber auch für ihren Vorfahren das denkende Wert bieten als bleibendes Kulturdokument aus großer Zeit

Man abonniert in jeder Buchhandlung und bei allen Postanstalten

Verlag der Lustigen Blätter, Berlin SW 11

Echt garantiert reingekachett  
**Schnupftabak**

aus vorzüglichsten Kennzeichen empfiehlt die Schnupftabakfabrik

**Julius Gosda, Danzig**  
Kontakthandlung,  
Häkergasse 5, II. Priestergasse nahe der Markthalle

## Bekanntmachung.

Am 16. Mai tritt eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Besandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art in Kraft, durch welche die bisher für Lumpen und Stoffabfälle geltenden Bestimmungen aufgehoben werden.

Eine weitere Bekanntmachung vom 16. Mai 1916 legt Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art fest.

Siehe Bekanntmachungen sind im vollen Wortlaut in den Regierungsamts-, in Kreisblättern und durch Anschläge veröffentlicht.

Danzig, Graubenz, Thorn, Galm, Marienburg,  
den 15. Mai 1916. (175)

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.  
Der kommandierende General.  
Die Gouverneure der Festungen Graubenz und Thorn.  
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Galm und Marienburg.

**Achtung! Weiße Wasche!**  
Nur soweit vorant verende ich meine weiße, weiße Wasche, gut geeignet für alle Zwecke, geruchlos, und schonend gewaschen wird für die Weiße 100 Pfund für 12. 50., 50 Pfund für 7. 50., 1 Probe-Dozette (10 Pf. Br.) für 2. 95

Wachsmaschine und Porto beim Nachbestellen frei! Bestellungen nur gegen Vorauszahlung!  
Nicht zu verwechseln mit billigen, minderwertigen Konkurrenzprodukten. Station und Post angeben! Viele Nachbestellungen. R. Otto, Berlin 120, Holzmarktstraße 54. (177)

## Öffentliche Volksversammlung

Montag, den 22. Mai 1916, abends 8 Uhr

in großer Saale d. Bürgergartens d. Frau Stappuhn in Danzig-Schiffsb.

Tagesordnung:  
**Die neuen Steuervorlagen im Deutschen Reichstag.**  
Referent: Herr Adolf Bartel-Danzig.

Freie Diskussion. (177)

In dieser überaus wichtigen Versammlung haben wir hierdurch ein.

Der Einberufer.

Neue hochwichtige Broschüren!  
**Es lebe der Frieden!**  
Von Philipp Scheidemann, M. d. R.  
Vereinsausgabe 40 Pf.

**Für die Einheit der Partei.**  
Vereinsausgabe 20 Pf.

Herausgegeben vom Parteivorstande der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Kenntnis dieser Schriften ist zum Verständnis der Zeitverhältnisse und der jetzigen Bewegung in der Sozialdemokratie unbedingt notwendig

**Trauer-**  
Hüte  
in  
reicher  
Auswahl.

**Julius**  
**Goldstein**

Büsten  
Handschuhe  
zu billigsten  
Preisen.

Lorenzengasse 4, gegenüber der Markthalle.

## Wassercreme?

**Nein!**

Nur **Del-Wachs-Lederputz Nigrit**

gibt hellen, nichtabfärbenden Glanz und macht das Leder wasserdicht. Sofortige Lieferung, auch Transporthalt und Schutz des Transporthalt.

Fabrikant: Carl Geisler, Döppingen (Württemberg) (178)



Schutzmarke